

GEMEINGÜTER – WOHLSTAND DURCH TEILEN

Silke Helfrich Rainer Kuhlen Wolfgang Sachs Christian Siefkes

INHALT

VORWORT	3
ÜBER DIESEN REPORT UND SEINEN GEGENSTAND	4
ZUM AUFTAKT	5
GEMEINGÜTER, COMMONS, ALLMENDE – WAS IST DAS?	6
BAUSTEINE EINER GEMEINGÜTERARCHITEKTUR	11
WIE WIRKEN GEMEINGÜTER?	13
EXKURS: DIE TRAGÖDIE DER «TRAGIK DER ALLMENDE»	16
EXKURS: ICH UND DIE ANDEREN	21
WEM GEHÖREN GEMEINGÜTER?	22
GEMEINGÜTER STÄRKEN: IDEEN, INITIATIVEN, INSTITUTIONEN	30
GRUNDZÜGE EINER GEMEINEN PEER-PRODUKTION	41
ZUM SCHLUSS: EINE VISION	44
LINKS	46
AUTOREN	48

GEMEINGÜTER –
WOHLSTAND DURCH TEILEN

Ein Report von Silke Helfrich,
Rainer Kuhlen, Wolfgang Sachs
und Christian Siefkes

Herausgegeben von der
Heinrich-Böll-Stiftung



Gestaltung: blotto, Berlin
Druck: agit-druck, Berlin

Alle Hauptüberschriften
im Heft: «Lets Trace» von
James Kilfiger
<http://openfontlibrary.org>

ISBN 978-3-86928-020-2

Bestelladresse:
Heinrich-Böll-Stiftung
Schumannstraße 8,
10117 Berlin

T +49 30 285 34-0
F +49 30 285 34-109
E info@boell.de

www.boell.de

VORWORT

«Eine Gesellschaft ohne Gemeingüter
ist wie ein Himmel ohne Sonne.»

Der Blick richtet sich in die Zukunft. Doch die Wiederentdeckung der Gemeingüter beschäftigt viele wissenschaftliche Disziplinen schon seit etwa 30 Jahren. Auch die sozialen Bewegungen haben sie entdeckt: Deren Protagonisten suchen nach Alternativen zu unserem zerstörerischen Wirtschaftsmodell und bringen den Schutz der Gemeingüter wieder in die gesellschaftliche Diskussion und die politische Auseinandersetzung ein. So dringen das Thema und das Nachdenken über den Wert der Gemeingüter zunehmend auch ins politische Feuilleton und in die öffentliche Wahrnehmung vor. Auch der vorliegende Report will dazu einen Beitrag leisten. Er erklärt den Facettenreichtum des Begriffs und beschreibt, in welcher vielfältiger Weise die Gemeingüter zu einem Leben in Freiheit beitragen können. Eine Neubewertung der Gemeingüter ermöglicht es, das dominierende Wirtschaftsmodell vom Kopf auf die Füße zu stellen. Zahlreiche Probleme der Gegenwart erweisen sich nämlich als lösbar, wenn wir die verfügbaren Energien auf all das richten, was funktioniert und den Menschen hilft, ihre Potenziale zu entfalten. Der Report will diese Dinge mit vielen Beispielen ins Licht rücken. Er eröffnet eine neue Perspektive auf Fragen, die jede Generation aufs Neue beantworten muss. Und nicht selten bedarf es lediglich eines Perspektivwechsels als Schlüssel zu innovativen Ideen und Lösungen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung beschäftigt sich seit einigen Jahren mit dem Thema Gemeingüter. So geht dieser Report letztlich auch auf Impulse einiger unserer Auslandsbüros zurück, vor allem aber auf die fruchtbare Kooperation, die im interdisziplinären politischen Salon «Zeit für Allmende» Denkerinnen und Denker aus verschiedenen Disziplinen für einige Zeit zusammenführte.

Mein Dank gilt allen Autoren dieses Werks, vor allem aber Silke Helfrich für ihr besonderes Engagement.

Ich wünsche eine inspirierende Lektüre.

Berlin, im Dezember 2009

Barbara Unmüßig
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

ÜBER DIESEN REPORT UND SEINEN GEGENSTAND

«Et quidem naturali iure communia sunt omnium haec: aer et aqua profluens et mare et per hoc litora maris.»

«Und durch naturgegebenes Recht sind in Wahrheit die folgenden Güter allen gemein: die Luft, das fließende Wasser und das Meer und – aus demselben Grund – die Küsten des Meeres.»

JUSTINIAN (535 N.C.)

Was sich in alter Tradition *res communes* nannte – die uns gemeinen Sachen –, wurde zugunsten der vom Markt organisierten *res privatae* und der vom Staat bereitgestellten *res publicae* wenn nicht vergessen, so doch verdrängt. Als «Niemandssachen», *res nullius*, wurden sie behandelt. Luft und Wasser sind prominente Beispiele für Gemeingüter, die trotz ihrer Bedeutung vielfach das Schicksal der «Niemandssachen» teilen, jener Dinge also, um die sich niemand kümmert. Dass dies katastrophale Folgen für uns alle hat, tritt heute überall zutage.

Dabei sind die *res communes*, im Englischen: «commons», oder Gemeingüter, wie wir sie im Deutschen vorläufig nennen wollen, keineswegs «herrenlos». Sie können und dürfen nicht für beliebige Zwecke genutzt oder gar zerstört werden. Für sie können Rechte reklamiert werden, von uns allen. Gemeingüter sind die Dinge, die uns nähren, die uns erlauben, miteinander zu kommunizieren und uns fortzubewegen, die uns inspirieren und an Orte binden und die wir – nicht zuletzt – als Müllschlucker für unsere Abgase und Abwässer benötigen.

Der klassische Eigentumsbegriff, der in erster Linie als das Recht des Einzelnen verstanden wird, bekommt durch die Besinnung auf ein gemeinschaftliches Recht an den Gemeingütern eine neue Dimension.

- ◆ Welche Konsequenzen hat es, wenn Grund und Boden als Gemeingüter begriffen werden?
- ◆ Wie verändert sich der öffentliche Raum, wenn er nicht mehr durch Werbung, Lärm, Autos oder Parkhäuser beliebig privatisiert werden darf?
- ◆ Wie wäre es, wenn die freie Nutzung von Wissen und Kulturgütern die Regel und deren kommerzielle Nutzung die Ausnahme wäre?
- ◆ Welche Regeln und Institutionen sind für den sinnvollen Umgang mit Gemeingütern gut?

Diese Fragen sind weder theoretisch noch in ihren praktisch-politischen, sozialen und ökonomischen Konsequenzen ausdiskutiert.

Wir versuchen in diesem Report das Potenzial der Gemeingüter auszuloten, wenn sie angemessen und nachhaltig genutzt werden. Wir ergründen, was ihre Existenz bedroht. Wir schauen, welche Regeln sich in welchen Situationen bewährt haben und welche neu zu entwickeln sind. Auf den folgenden Seiten teilen wir mit Ihnen unsere Überlegungen und Geschichten.

Gemeingüter sind nicht alle gleich, so wenig wie die institutionellen Gewänder, die wir brauchen, um die vorhandenen Ressourcen in gesicherte Gemeingüter zu verwandeln. Die Verleihung des Nobelpreises für Wirtschaft 2009 an die Commons-Theoretikerin Elinor Ostrom hat der Diskussion dieser Fragen weltweit Beachtung verschafft. Anregend sind auch die theoretischen Ansätze des Ökonomen Yochai Benkler und sein Vorschlag einer «commons-based peer production», also einer «Gemeingüterwirtschaft durch Gleichgestellte» bzw. einer «Gemeinen Peer-Produktion».

Gemeingüter müssen gestärkt werden, jenseits und in Ergänzung von Markt und Staat. Dabei ist jeder aufgefordert, seine Verantwortung als Mitbesitzer der «uns gemeinen Sachen» wahrzunehmen und somit Freiheit und Gemeinschaftlichkeit zu gewinnen. Gemeingüter brauchen Menschen, nicht allein Märkte und staatliche Fürsorge oder Regulierung. Der Reichtum, der durch die Gemeingüter gegeben ist, muss in allen Räumen, in denen wir leben, neu und fair verteilt werden.

Die Autorin und die Autoren sind vielen Menschen dankbar für die solidarisch-kritische Unterstützung und die kreative Begleitung – insbesondere Christiane Grefe, Jill Scherneck, Oliver Willing, Jacques Paysan und Toni Schilling.

Silke Helfrich, Rainer Kuhlen, Wolfgang Sachs, Christian Siefkes

ZUM AUFTAKT

Gemeingüter sind das gut gehütete Geheimnis unseres Wohlergehens. Jeder begegnet ihnen alle Tage, trifft sie an vielen Orten und nutzt sie ständig in Wirtschaft, Familie, Politik und Freizeit. Sie gehören zu den für selbstverständlich gehaltenen Voraussetzungen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens und bleiben doch weitgehend unsichtbar. Stattdessen ist die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ihre jüngeren Geschwister gerichtet: auf die privaten Güter, wie sie von den Fertigungshallen zu den Einkaufszentren und den Konsumenten strömen, und auf die öffentlichen Güter, wie sie Bürgermeister und Ministerpräsidenten landauf, landab planen und einweihen. Das Wirtschaftsdenken ist vor allem auf das Auf und Nieder der Anhäufung privater Güter fixiert. Daneben bleibt nur Aufmerksamkeit für die Ebbe und Flut in den Staatskassen, aus denen öffentliche Güter bezahlt werden. Gemeingüter aber fristen in der Debatte über das Wohlergehen unserer Gesellschaft ein Schattendasein – und doch sind sie unabdingbar.

**Die Unternehmen brauchen Gemeingüter, um produzieren zu können.
Wir alle brauchen sie zum (Über-)Leben.**

Im Oktober 2009 erhielt mit Elinor Ostrom die weltweit renommierteste Commons-Forscherin den Wirtschaftsnobelpreis. Es ist die Ehrung eines Lebenswerks. «Lin» Ostrom hat gemeinsam mit mehreren Generationen von Studierenden und Forschenden systematisch die Welt durchkämmt. Sie hat untersucht, wie es Menschen gelingt, mit gemeinsam genutzten Dingen so umzugehen, dass alle ihre Bedürfnisse befriedigen können. Auch die Generationen von morgen. Wie kaum ein anderer weiß Ostrom um die Kreativität und die Kommunikationsfähigkeit der Menschen bei der Lösung von Problemen, die ihr Leben unmittelbar betreffen. Wenn man sie lässt!

Mit dem Nobelpreis Ostroms rücken die Gemeingüter für einen Moment in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Das ist eine hervorragende Nachricht. Aber auch infolge der Krisen, die die Welt erschüttern, kehrt das Nachdenken über Gemeingüter in die Öffentlichkeit zurück. Doch es kann nicht beim Nachdenken bleiben.

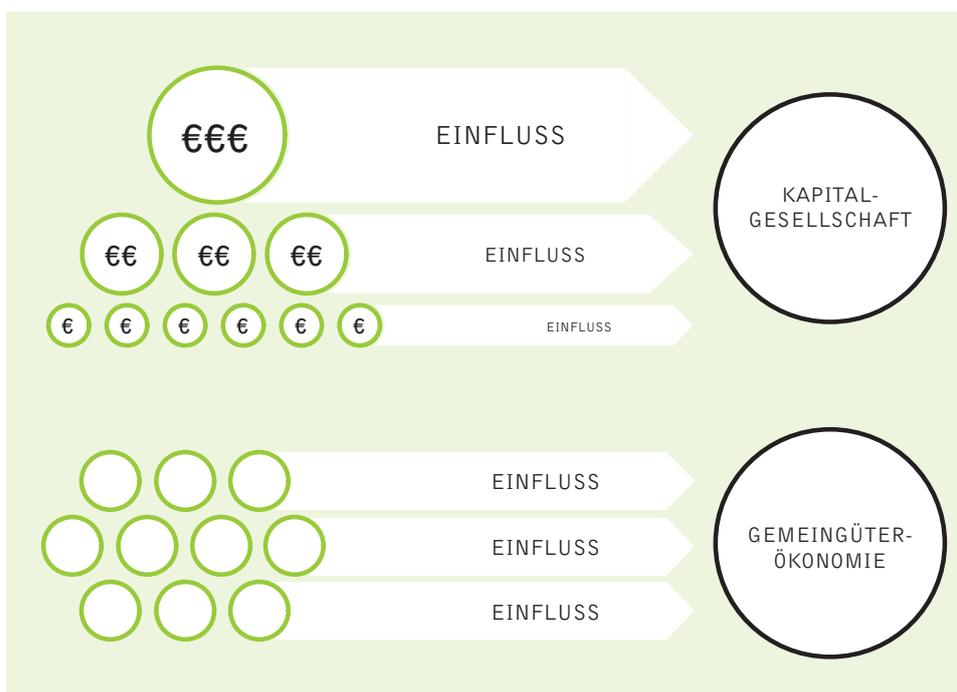
**Das Prinzip der Gemeingüterökonomie:
Alle haben den gleichen Einfluss, können sich gleichberechtigt einbringen.**

**Das Prinzip der Kapitalgesellschaften:
Das Geld entscheidet. Mehr Geld = mehr Einfluss.**



Elinor Ostrom lehrt Politikwissenschaft an der Indiana University in Bloomington. Im Jahr 2009 bekam sie als erste Frau den Wirtschaftsnobelpreis zugesprochen. Ostrom beschäftigt sich in ihrer Forschung mit Wasserversorgung, Fischerei, Holzeinschlag, der Nutzung von Weideland oder Jagdrevieren. Dabei ist sie eine Grenzgängerin: Ostrom arbeitet an der Schnittstelle zwischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaft – und bereichert so beide Disziplinen. Ihr Schlüsselwerk ist das Buch *Die Verfassung der Allmende*.

FOTO: OLIVIER MORIN, AFP/GETTY IMAGES



GEMEINGÜTER, COMMONS, ALLMENDE – WAS IST DAS?

DAS GLEICHNIS DER LIEGESTÜHLE

«Carnival Cruise»
FOTO: FLICKR-NUTZER
JOSHBOUSEL



Ein Schiff geht auf Kreuzfahrt von Hafen zu Hafen. Auf dem Oberdeck gibt es Liegestühle, allerdings dreimal weniger, als es Passagiere an Bord gibt. In den ersten Tagen auf Fahrt wechseln die Liegestühle fortwährend ihre Besitzer. Sobald jemand aufsteht, gilt der Liegestuhl als frei; Handtücher oder andere Belegsymbole werden nicht anerkannt. Das war eine zweckmäßige Ordnung, das begrenzte Gebrauchsgut «Liegestuhl» wurde nicht knapp. Doch nach der Ausfahrt aus einem Hafen, in dem eine Menge neuer Passagiere an Bord gekommen ist, bricht diese Ordnung zusammen. Die Neuankömmlinge, untereinander bekannt, verhalten sich anders. Sie bringen die Liegestühle an sich und erheben fortan dauerhaften Besitzanspruch. Die Mehrheit der anderen Passagiere hat nunmehr das Nachsehen. Knappheit regiert, Streit ist an der Tagesordnung. Und die meisten Gäste an Bord sind schlechter dran als zuvor.

Nach Heinrich Popitz, *Phänomene der Macht*, Tübingen 1986

Die Geschichte ist ein Gleichnis vom Verlust an Gemeingütern durch Machtmissbrauch. Die Liegestühle stehen zunächst zur Verfügung. Doch ihr Angebot ist begrenzt und die Nachfrage groß; deshalb orientiert sich die Gemeinschaft der Passagiere zunächst an der Regel einer freien, aber kurzfristigen Nutzung. Sobald freilich eine Gruppe sich anmaßt, die Liegestühle als exklusiven Besitz in Beschlag zu nehmen, funktioniert dieses Stück geteilten Wohlstands nicht mehr, und Zwist bricht aus. Es herrscht eine einseitige Bereicherung vor, und schließlich halten sich auch die Ausgeschlossenen an keine Regel mehr. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Beschlagnahme der Liegestühle durch die Macht der Ellenbogen, durch den Einsatz von Geld seitens der Reederei oder durch eine Anordnung des Kapitäns erfolgt – für die meisten Passagiere geht die Fahrt nun unter Einbuße ihrer Reisequalität weiter.

Das Gleichnis lässt sich auf vieles beziehen: Bildung, Wasser, Land, die Atmosphäre. So wie die Reisequalität für alle mit der einseitigen Verfügung über die Liegestühle verloren geht, leidet unsere Lebensqualität, wenn nicht faire und nachhaltige Nutzungsrechte an jenen Dingen ausgehandelt werden, die niemandem allein zustehen. So komplex und konfliktreich solche Aushandlungsprozesse auch sind, sie können nur im Miteinander statt im Gegeneinander zu tragfähigen Lösungen führen.

GEMEINGÜTER, COMMONS, ALLMENDE – WAS IST DAS?



Dinge, die gemeinsam genutzt werden, sind das innere Gerüst einer gelingenden Gesellschaft.

In der **Natur** sind alle Menschen auf Wasser, Wälder, Boden, Fischgründe, Artenvielfalt, Landschaft, Luft, Atmosphäre mitsamt den damit verbundenen Lebensprozessen angewiesen. Jeder Mensch hat einen Anspruch auf Teilhabe an den Naturgütern, unabhängig vom Privateigentum an ihnen.

Im **Sozialen** sind Plätze, Parks und öffentliche Gärten, Feierabend, Sonntag und Ferien, aber auch Mitfahrgelegenheiten, digitale Netze oder Sport- und Freizeittreffs eine Voraussetzung dafür, dass Sozialbeziehungen florieren können. Wir alle profitieren von Räumen und Zeiten, die ungerichtete und unprogrammierte Begegnungen ermöglichen. Soziale Gemeingüter können vielfach von den betroffenen Gemeinschaften und Bürgerinitiativen selber gepflegt werden. Sie reichen aber auch in den öffentlichen Bereich hinein, in dem die öffentliche Daseinsvorsorge eine wichtige Rolle spielt. Sollen komplexe Leistungen wie Gesundheitsversorgung, Mitbestimmung und ein stabiles Finanzsystem für alle gesichert werden, sind innovative Herangehensweisen jenseits von Markt und Staat erforderlich.

In der **Kultur** liegt es auf der Hand, dass Sprache, Erinnerung, Gebräuche und Wissen für jegliche materielle und nicht-materielle Hervorbringung unabdingbar sind. So wie wir natürliche Gemeingüter für das Überleben brauchen, sind kulturelle Gemeingüter notwendig für unser kreatives Tun. Letztlich stützen wir uns in Geist und Geschick auf die Vorleistungen zurückliegender Generationen. In gleicher Weise müssen die Leistungen der Gegenwart an kommende Generationen frei zugänglich weitergegeben werden.

Im **digitalen Raum** funktionieren Produktion und Austausch umso besser, je weniger der Zugang zu den Objekten und Datenbeständen behindert wird. Für die Navigation in der virtuellen Welt und für eine kreative kulturelle Entwicklung ist es unabdingbar, dass Software-Codes sowie der Reichtum der hochgeladenen Texte, Töne, Bilder und Filme nicht hinter Eigentumsansprüchen verschlossen werden.

PLAZA STATT SHOPPING MALL

Auf der zentralen Plaza Hidalgo in Coyoacán, Mexico City, wimmelt das Leben. Die Cafés sind voll, Touristen und Einheimische lassen sich von Farben, Gerüchen und Klängen verführen. Wer mag, kann verweilen und im Schatten der Bäume auf einer Parkbank dem Treiben zuschauen. Man kommt gern und immer wieder.

Solche *plazas* gehören zum Reiz vieler lateinamerikanischer Städte. Den Namen teilen sie mit anderen *plazas*, vernachlässigten öffentlichen Orten oder überdimensionierten Einkaufspassagen. In der Hauptstadt El Salvadors beispielsweise gelten die zahllosen Shopping Malls als «einzig sichere Flaniermeile». Eltern sind beruhigt, ihre fast erwachsenen Kinder dort und nicht im heruntergekommenen Stadtzentrum zu wissen. Doch hier, in den «malls», patrouilliert der private Wachdienst, nicht die Polizei. Hier herrscht Hausrecht statt Bürgerrecht.

«Sie haben das Paradies gepflastert und einen Parkplatz daraus gemacht.»
JONI MITCHELL, 1970

Auch im Zentrum San Salvadors gibt es Plätze zum Verweilen. Die Stadtverwaltung hat ein Programm aufgelegt, um sie mit Parkbänken und Telefonhäuschen zu verschönern, doch mit dem Feierabend der informellen Händler verschwindet im wenigen Minuten auch das öffentliche Leben. An den lauen Abenden, die in San Salvador zeitig hereinbrechen, sind diese Plätze unbelebt. Man kommt selten und noch seltener wieder.

In einer repräsentativen Umfrage des sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts FLACSO von 2006 antworten 90 Prozent der Befragten auf die Frage, ob das Stadtzentrum von San Salvador für sie einen historisch-kulturellen Wert hätte, mit «Ja». Rund 80 Prozent meinten gar: «Ja, das ist unser Platz. Er gehört den Einwohnern von San Salvador». Auf die Frage aber, ob sie das Zentrum auch besuchten, um sich dort zu treffen, antworten rund 60 Prozent: «Selten, und wenn, dann nur, wenn ich dort vorbei komme.» Gut 70 Prozent würden alte Gebäude abreißen und sie durch Parkhäuser ersetzen. Die verloren gegangene Bindung zum eigenen Ort sieht man dem Stadtzentrum San Salvadors an. Sie wird zerrieben zwischen Vernachlässigung, Investoreninteressen oder Sachzwängen der Kommunalverwaltungen.

Ein Platz ohne Leben,
Berlin-Mitte
FOTO: FLICKR-NUTZER
TEORUIZ



Aber auch in der Mitte Berlins werden Parks aufgelöst und Straßenzüge umgelegt, um «Plätze des Konsums» zu erweitern. Wer hat die Bürger gefragt, denen die Straßen und Plätze gehören?

Städtische Gemeingüter sind Orte voller Leben, an denen gewachsene Muster sichtbar werden, wie die berühmten Berliner Kieze, die Menschen selbst gestalten können und für die sie einzutreten bereit sind. Die Neuentdeckung des Gemeinguts öffentlicher Raum, kann die Städte wieder lebenswert machen.

ZUR GESCHICHTE DES BEGRIFFS GEMEINGÜTER

Die Idee der Gemeingüter ist viele Jahrhunderte alt. Angesichts ihrer Verdrängung aus dem öffentlichen Bewusstsein ist es aufschlussreich, sich zu erinnern, dass vor rund 1500 Jahren im spätrömischen Codex Justinianum eine Typologie der Eigentumsformen formuliert worden war, die dem heutigen populären Verständnis von Eigentum an Komplexität überlegen ist. Vier Bereiche wurden da unterschieden, die Gegenstand von Eigentum werden können.

- ◆ *Res nullius* waren jene Dinge, welche keinen Eigentümer hatten und deshalb von jedermann nach Belieben behandelt werden konnten.

- ◆ *Res privatae* hingegen umfassten jene Dinge, welche sich im Eigentum von Einzelnen oder Familien befanden.
- ◆ Unter die *res publicae* wurden die Dinge gezählt, welche vom Staat für den öffentlichen Gebrauch errichtet werden, wie etwa Straßen oder öffentliche Gebäude.

Und die letzte Kategorie weist auf unser Thema hin:

- ◆ Als *res communes* galten jene Naturgüter, die gemeinsames Eigentum aller Menschen sind, wie die Luft, die Fließgewässer und das Meer.



Die drei Zuflüsse zum Strom der Gemeingüter.
GRAFIK NACH PETER BARNES

Diese Unterscheidungen sind alles andere als überholt; sie helfen noch heute, zu einer differenzierten Wahrnehmung der Eigentumsformen in der Gesellschaft zu finden. Doch die Frage nach dem Wesen der Gemeingüter geht weit über die Eigentumsfrage hinaus.

Die *res communes* müssen heute großzügiger verstanden werden. So gehören etwa jene Dinge dazu, die die Menschen als kollektive Kulturleistung hervorbringen. Oder jene, die sie in den digitalen Welten gemeinsam schaffen.

GUT ZU WISSEN

Gemeingüter sind keine öffentlichen Güter, aber einige Gemeingüter teilen bestimmte Eigenschaften mit öffentlichen Gütern. So ist es schwierig, jemanden von der Nutzung mancher Gemeingüter wie der Photosynthese, der Wikipedia oder der Algorithmen auszuschließen. Dasselbe gilt für öffentliche Güter. Für andere Gemeingüter wie Wasser und Boden gilt es nicht. Ein wesentlicher Unterschied zu den klassischen Gütereinteilungen besteht darin, dass Gemeingüter ererbt sind: Sie sind entweder Gaben der Natur und wurden als solche gepflegt, oder sie wurden von nicht immer eindeutig identifizierbaren Personen und Gruppen hergestellt und weitergegeben. Das kann ein historisch langer Prozess sein (Kulturlandschaften, Sprache) oder ein sehr kurzer (Wikipedia, Freie Software). Gemeingüter entstehen auch dadurch, dass sie von einzelnen Menschen hergestellt und zum Gemeingut bestimmt wurden (wie die Seitenbeschreibungssprache des Internet HTML und das Internetprotokoll http oder Objekte unter einer freien Lizenz). Kein Politiker, kein Staat hat darüber befunden.

Über die Herstellung öffentlicher Güter wird hingegen meist in staatlichen Institutionen entschieden. Da geht es um die Versorgung mit Straßen, um das Licht eines Leuchtturms oder um die Frage, mit welchen Mitteln öffentliche Sicherheit herstellbar ist. Und es geht um Daseinsvorsorge und Infrastruktur.

Öffentliche Güter bedürfen einer starken Rolle des Staates. Gemeingüter bedürfen vor allem mündiger Bürger. In einer Kultur der Gemeingüter leben heißt, das Leben in die eigene Hand nehmen.

Selbstredend sind Gemeingüter bzw. die mit ihnen verbundenen Rechte der Menschen oft auch auf den Schutz des Staates angewiesen. So sind die Bewahrung

und Förderung globaler Gemeingüter kaum ohne zwischenstaatliche Vereinbarungen zu erreichen.

Gemeingüter sind dann gerecht und nachhaltig verwaltet, wenn geteilt wird, was allen begrenzt zur Verfügung steht, und wenn allen Zugang zu den Dingen offensteht, die in Fülle vorhanden sind.

Wenn Meer und Luftraum so parzelliert würden wie das Land, müsste sich jeder Staat hinreichend viele zusammenhängende Meeresgrundstücke sichern und diese als «Wasserstraßen» ausweisen, um den eigenen Schiffen freie Fahrt zu gewähren. Nur wohlhabenden Ländern gelänge dies. Auf «fremden» Wasserstraßen müssten Mautgebühren entrichtet werden, und außerhalb der Wasserstraßen dürften sich Schiffe ohne Genehmigung nicht bewegen. Fischern blieben nur Seegrundstücke, die ihnen selbst gehören; für Taucher und Wassersportler gäbe es keine Betätigungsmöglichkeiten, außer in dafür abgetrennten exklusiven Lagen.

Das Meer ist Gemeingut. Alle haben das Recht, es zu befahren. Mobilität wäre ohne Gemeingüter nicht denkbar.

«Ocean and Reef»
FOTO: FLICKR-NUTZER
ALIWEST44



Zur wirtschaftlichen Nutzung beanspruchen die meisten Staaten Exklusivrechte für große Flächen vor ihrer Küste, während Schiffe überall ungehindert passieren können, sofern sie in friedlicher Absicht unterwegs sind. Die Parzellierung der offenen See ist bislang unterblieben.

Dasselbe gilt für den Luftraum. Im Jahre 1954 klagte ein Kanadier gegen das Überfliegen seines Grundstücks. Seiner Argumentation zufolge gehöre zu einem Grundstück auch die Erde darunter – bis zum Erdmittelpunkt – und die Luft darüber – unendlich weit bis ins All. Flugzeuge müssten demnach seine Erlaubnis einholen, bevor sie «seine» Luft durchquerten. Doch der Richter urteilte, dass Luft und Weltraum nicht eigentumsfähig sind, sondern zur Kategorie der *res omnium communis* gehören.

Sie sind ein gemeinsames Erbe der Menschheit.

Lesetipp

Silke Helfrich; Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter*, 2. Auflage, München 2009

BAUSTEINE EINER GEMEINGÜTERARCHITEKTUR

Gemeingüter fügen sich zusammen aus drei Grundbausteinen: den Baustoffen, den Menschen sowie den Regeln und Normen, die es ermöglichen, alle Komponenten zu verbinden.

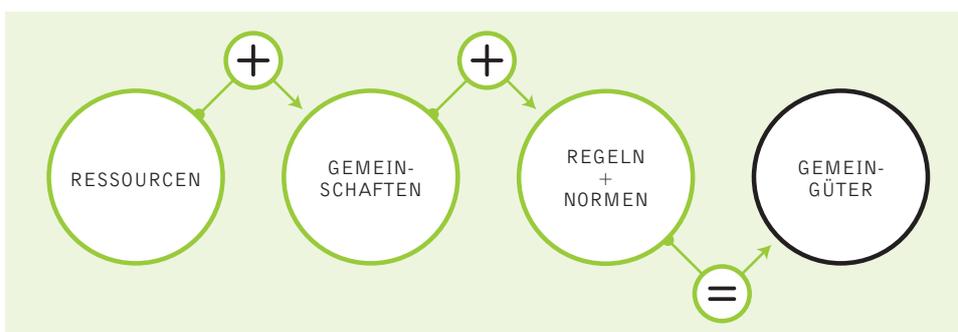


Der erste Baustein ist materiell. Er bezieht sich auf die Ressourcen selbst: das Wasser, den Boden, den genetischen und den Softwarecode, das Wissen, die Algorithmen und kulturelle Techniken; ebenso auf die Zeit, über die wir verfügen, und natürlich die Atmosphäre. All das sind «Gemeinressourcen» oder «Allmenderessourcen» (engl. «common pool resources»). Jeder Mensch hat das gleiche Recht, sie zu nutzen.

«There is no commons, without commoning.»
«Es gibt keine Gemeingüter ohne gemeinsames Tun.»
PETER LINEBAUGH

Der zweite Baustein ist sozial. Er verweist auf die Menschen, die diese Ressourcen in Anspruch nehmen. Die Idee der Gemeingüter ist ohne die Bindung an konkret handelnde Menschen in bestimmten sozialen Umgebungen nicht denkbar. Wissen kann von Menschen genutzt werden, z. B. um eine Diagnose zu stellen oder um zu heilen. Kulturtechniken können genutzt werden, um Neues zu produzieren. Die Gemeinschaft («community») oder alle jene Menschen, die gemeinsam eine Ressource nutzen, machen Ressourcen zu Gemeingütern.

Der dritte Baustein ist regulativ. Er umfasst die Regeln und Normen, die im Umgang mit Gemeingütern gelten. Allerdings ist es ein Unterschied, ob die Nutzung von Bytes und Informationen geregelt werden muss oder jene natürlicher Ressourcen wie Wasser und Wald. Der Umgang mit all diesen Dingen nimmt unterschiedliche Formen an. Doch gemeinsam ist ihnen, dass sie von jeder Nutzergemeinschaft weitgehend selbst bestimmt werden sollten. Das gelingt nur, wenn eine Gruppe von Menschen ein gemeinsames Verständnis vom Umgang mit einer Ressource entwickelt. Den komplexen sozialen Prozess dahinter bezeichnet der Historiker Peter Linebaugh als «commoning». In der Wissenschaft wird das als Institutionalisierung der Gemeingüter aufgefasst. Aus diesem «commoning» ergeben sich die in oft konfliktreichen Prozessen auszuhandelnden Regeln und Normen.



In vielen Gegenden der Stadt Boston in den USA gibt es ein Winterritual. Sobald der erste Schnee fällt, werden Kisten, Mülltonnen und Stühle nach draußen getragen. Stühle sollen «schützen», was einige Bewohner als «ihr» Stück Straße betrachten. Elinor Ostrom sagt dazu: «Das ist ein Commons!» Warum? In vielen Vierteln Bostons besteht Einigkeit darüber, dass, wer immer einen Parkplatz vom Schnee befreit, berechtigt ist, dort zu parken bis der Schnee schmilzt. Mit den Stühlen signalisieren die Bewohner ihr temporäres Nutzungsrecht des vom Schnee befreiten Parkplatzes. Hier – wie schon auf dem Kreuzfahrtschiff mit den Liegestühlen – gibt es eine einfache Lösung: vorübergehende Nutzungsrechte statt schranken- und zeitlose Verfügung. Auch um einfache Lösungen wird häufig lange gerungen.

Parken im winterlichen Boston
FOTO: FLICKR-NUTZER
ANDWAT



WIE WIRKEN GEMEINGÜTER?

GEMEINGÜTER SCHAFFEN LEBENSQUALITÄT

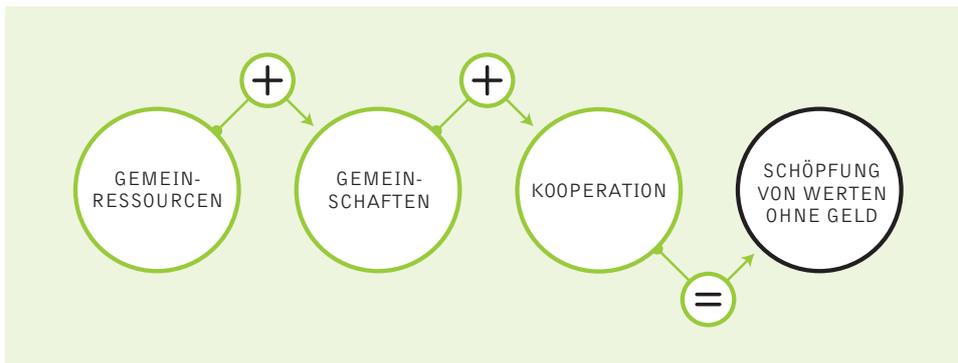
Gemeingüter sind Quellen von Wert und Werten – und zwar außerhalb oder in Ergänzung zu Märkten. Es ist für Menschen in vielfacher Weise von Vorteil, wenn sie neben den Leistungen des Marktes und des Staates auch auf Gemeingüter zurückgreifen können.

Das ist offensichtlich, wo – wie in zahllosen Dörfern im Süden der Welt – gemeinschaftlich genutzte Naturgüter wie Weideland, Wasser, Seen, Wälder, Felder und Saatgut die Basis für den Lebensunterhalt bilden. Gemeinschaftsrechte sichern einen unentgeltlichen Zugang zu überlebenswichtigen Ressourcen, der mit der Münze von Kooperation und Solidarität bezahlt wird. Sobald die Leistungen dieser Ressourcen – Nahrung, Futter, Baumaterial, Medizin, Wärme und Werkstoff – mit Geld gekauft werden müssen, rutschen die Menschen ins Elend, da es ihnen an Kaufkraft fehlt.

Gemeingüter gestatten es den Armen, über die Runden zu kommen. Sie machen den Unterschied aus zwischen einer Existenz im Elend und einem Leben in Würde.

Ähnlich verhält es sich in Städten. Auch hier erweisen sich die Gemeingüter als Vermögensbestand, aus dem Dinge geschöpft werden, die sonst nur durch den Kauf von Reise-, Unterhaltungs- oder Gastronomieleistungen verfügbar wären. So sind (Spiel-) Plätze, Höfe und Parkanlagen Zonen der Erholung, Orte der Geselligkeit und Bühnen der Selbstdarstellung. Jeder Mensch hat ein Recht auf sie, und die Politik ist immer daran zu erinnern, dass sie uns nicht genommen werden dürfen. Gemeinschaftlich können sie gegen mögliche Kommerzialisierung verteidigt werden. Doch nicht selten – und das ist die wirkliche «Tragik der Allmende» (siehe S. 16 – tritt die Bildung nicht-monetärer Werte durch Gemeingüter erst ins Bewusstsein, wenn jene Gemeingüter bereits im Verschwinden begriffen sind.

So ist zum Beispiel städtische Dichte ein Stück Reichtum, der sich oft erst nach seinem Verlust erschließt. Kurze Wege erlauben Sparsamkeit, indem Einkäufe zu Fuß erledigt werden können oder Kinder keinen Transport zur Schule brauchen. Räumliche Nähe stimuliert Vernetzung und Zusammenarbeit, etwa für selbstverwaltete Kinderkrippen, Nachbarschaftshilfe oder gemeinsamen Gartenbau. In jedem dieser Fälle lässt sich die Gleichung skizzieren:



«Sie und Ihre Familie sind wohlhabender, als sie denken. Sie haben Teil an den Gemeingütern.»
HARRIET BARLOW,
ON THE COMMONS

GEMEINGÜTER ERMÖGLICHEN TEILHABE

«Gemeinschaftsgärten – das ist 50 % Gartenarbeit und 100 % lokale politische Organisation», meint Karl Linn. Linn ist Impulsgeber der nordamerikanischen Bewegung Community Garden. Auch in Deutschland erleben Gemeinschaftsgärten eine Renaissance. Besonders bemerkenswert ist die Entwicklung der «Interkulturellen Gärten», davon existieren inzwischen fast 100 in 55 Städten. Weitere 50 sind im Entstehen. Die meist von Vereinen getragenen Bürgerinitiativen nutzen brachliegende Grundstücke für den Eigenanbau von Lebensmitteln und als Ort sozialer Integration von Migrantinnen und Migranten. Gemeinsam hackend und grabend, gewinnen sie im wahren Sinne des Wortes neuen Boden unter den Füßen. Interkulturelle Gärten sind Orte der Nachbarschaftlichkeit und des interkulturellen Austauschs. Die Beteiligten teilen Raum und Zeit, sie tauschen Wissen aus und schlichten Konflikte. Sie sind produktiv und können dabei auf starre hierarchische Strukturen verzichten. Nachbarschaftsgärten, Klein-, Kraut- und Guerilla-Gärten: überall blüht die Lust an urbaner Landwirtschaft. So entstehen innerstädtische Oasen, in denen auch Innovation gedeiht. Im Hannoveraner Stadtteil Sahlkamp beispielsweise leben mehrere hundert Familien aus unterschiedlichen Nationen. Neben Arbeitslosigkeit prägen Jugendgewalt und Drogenmissbrauch das hochhausbebaute Quartier. Die Erwachsenen sind oft isoliert und nehmen, jenseits ihrer ethnischen Netzwerke, kaum am gesellschaftlichen Leben teil. Doch in Sahlkamp verwandelten sie in den letzten Jahren die Dächer von Tiefgaragen zu kleinen Gartenparadiesen.

Baltic Street Community
Garden, Brooklyn NY
FOTO: FLICKR-NUTZER
FLATBUSH GARDENER



Urbane Landwirtschaft ist ein wichtiges Element künftiger Stadtentwicklung. Noch vorhandene innerstädtische Gartenbau- und Landwirtschaftsbetriebe werden nicht länger als «Überreste» vorindustrieller Zeiten gelten, sondern als Bausteine der Stadtgestaltung von Morgen. «Hier wird vorweggenommen, was die künftige Entwicklung im großen Stil erfordert: nachhaltige Lebensstile und neue Wohlstandsmodelle», schreibt die Stiftung Interkultur, die bundesweite Koordinierungsstelle des Netzwerks Interkulturelle Gärten.

Dabei geht es um Lebens- und Gestaltungsformen, die das Leben in immer komplexer und anonymer werdenden Städten lebenswert machen. Werden neue Gemeingüter geschaffen, müssen für sie aber neue Umgangsregeln und verbindliche Vereinbarungen zu deren Einhaltung gefunden werden.

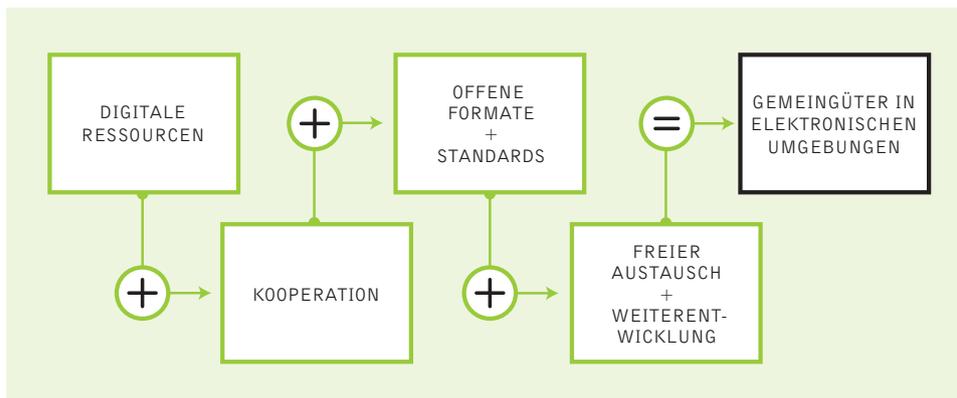
GEMEINGÜTER BIETEN PLATTFORMEN FÜR KREATIVITÄT UND KOOPERATION

Dass Kooperation enorm produktiv sein kann, ist altbekannt. In der digitalen Welt konnten sich ganz neue kooperative Formen entwickeln. Dank elektronischer Vernetzung sind z. B. Tausende von Menschen in der Lage, an der Erstellung von freien Betriebssystemen oder anderen freien Softwareprogrammen mitzuwirken. In der Wissenschaft sind kollaborative, global verteilte und selbst organisierte Arbeitsformen selbstverständlich geworden, ebenso im eLearning. Kreativität bekommt im digitalen Zeitalter eine neue, überindividuelle Bedeutung.

Oft stellt sich heraus, dass Enthusiasmus und gesammelte Kompetenz der Hobbyisten dem Kenntnisstand der Experten, z. B. aus den kommerziellen Software-Firmen oder Medienunternehmen, in nichts nachstehen, ihn nicht selten sogar übertreffen. Vier Köpfe denken mehr als zwei. In den immer zahlreicheren Anwendungen im Web 2.0 wie Twitter, Wikis und Blogs wird mit neuen Formen der Zusammenarbeit und des Teilens von Wissen experimentiert. Das Internet hat das Potenzial, Plattformen für kollaborative Intelligenz und dezentralen Einfallsreichtum zu entwickeln und für alle bereitzuhalten. Nicht nur Software, sondern auch Projekte der Forschung, Film- oder Tonproduktionen oder ganze Lexika entstehen aus den Beiträgen einer Vielzahl von Personen. «Online communities» sind in der Lage, über breite Beteiligung hochwertige Produkte und Dienste herzustellen, die auch monetären Wert haben könnten.

Entscheidend für diese Ökonomie des Teilens und der Beteiligung ist, dass alles für alle frei zugänglich ist. So ist garantiert, dass daran weiter gearbeitet wird, und was daraus entsteht, das sind neue Gemeingüter.

«Warum singt Figaro, warum schreibt Mozart Musik, die Figaro singt, warum erfinden wir alle neue Worte? Weil wir es können. Homo ludens trifft Homo faber. Die soziale Bedingung globaler Verbindungen, die wir das Internet nennen, ermöglicht uns allen, kreativ zu sein auf eine neue und nie erträumte Weise. Wenn wir nur nicht das <Eigentum> dazwischenfunken lassen.»
EBEN MÖGLEN, DER ANARCHISMUS TRIUMPHIERT



In fast allen Gesellschaften mischen sich Wettbewerb, Planung und Solidarität. Doch die relativen Anteile verschieben sich im Laufe der Geschichte. Der Austausch von Waren über den Markt stellt – so allumfassend und selbstverständlich er für uns geworden ist – lediglich eine Form der Güterversorgung dar. Mindestens zwei weitere treten an die Seite des Marktes: die staatlich organisierte Produktion und die Produktion und Verteilung in Gemeinschaften. Während auf dem Markt das Prinzip des Wettbewerbs herrscht und der Staat das Prinzip der Planung nutzt, steht in den Gemeinschaften die Gegenseitigkeit im Vordergrund.

Zeiten und Räume sind geschrumpft, in denen Vertrauen, wechselseitige Anerkennung und Engagement für gemeinsame Ziele den Ton angeben. Zugleich deutet manches darauf hin, dass sich gegenwärtig die Suche nach einer neuen Balance zwischen Freiheit und Bindung immer weiter ausbreitet. Das Bedürfnis nach Gemeinschaftlichkeit und freier Kooperation scheint sich neben dem Wunsch nach Ungebundenheit erneut Geltung zu verschaffen. Diesem Bedürfnis kommt eine Stärkung der Gemeingüter entgegen. So erfordert etwa die gemeinsame Bewirtschaftung von Fischgründen an der kanadischen Atlantikküste ein ausgeklügeltes System der Kooperation, wie auch die kollektive Weiterentwicklung von offen zugänglichen Wissensquellen in der Gemeingüter-Wirtschaft («Peer-Produktion») vom Engagement für gemeinsame Projekte lebt.

Die Lösung der gegenwärtigen Probleme besteht nicht darin, dass sich der Staat zurücknimmt, um dem Markt Platz zu schaffen, sondern dass er vortritt, um den Gemeinschaften die Rechte an ihren Gemeingütern zu sichern.

EXKURS: DIE TRAGÖDIE DER «TRAGIK DER ALLMENDE»

Der US-amerikanische Biologe Garrett Hardin setzte 1968 eine machtvolle Metapher in die Welt. Im renommierten Wissenschaftsmagazin *Science* veröffentlichte er den Aufsatz «The Tragedy of the Commons» («Die Tragik der Allmende»). Hardins Bild von der Weide, auf die alle Herdenbesitzer ihre Schafe treiben, hat Karriere gemacht. Nach Hardin tut jeder Herdenbesitzer angesichts der sich bietenden Gelegenheit, sich an der Weide schadlos zu halten, dasselbe: Er fügt seiner weidenden Herde ein Schaf hinzu, dann noch eins und noch eins usw. Dem Einzelnen scheint der augenblickliche Gewinn schnell fassbar. Ein sattes Schaf mehr, ein Anteil mehr, ein Vorteil mehr. Die Kosten aber werden für ihn erst allmählich spürbar, denn sie werden durch alle geteilt und in die Zukunft verschoben. Hardin war überzeugt, dass diese Dynamik unvermeidlich sei. Sie wirke so lange, bis die Weide überweidet ist und niemandes Schaf mehr ernährt. Garrett Hardin beschreibt dies als unvermeidliches Schicksal; die «Tragik der Allmende» sei technisch nicht lösbar und erfordere angesichts steigender Bevölkerungszahlen drastische Maßnahmen. Ein niederschmetterndes Fazit.

«Der erste, welcher ein Stück Land umzäunte, sich in den Sinn kommen ließ zu sagen: dies ist mein, und einfältige Leute antraf, die es ihm glaubten, der war der wahre Stifter der bürgerlichen Gesellschaft.»

JEAN-JACQUES ROUSSEAU

Das Bild der übernutzten Allmendeweide wurde seit den 1970er Jahren unkritisch auf zahlreiche Situationen kollektiver Ressourcenbewirtschaftung übertragen. Es hielt Einzug in die sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Lehrbücher und prägte das Denken ganzer Studentengenerationen. Dabei wuchs die Vorstellung der «Tragik der Allmende» zu einem unausrottbaren Mythos. Daran änderte auch der Kommentar des Ökonomen Partha Dasgupta wenig. Dasgupta meint zum maßgeblichen Abschnitt des Hardinschen Essays: Es sei «schwierig eine Passage vergleichbarer Länge und Berühmtheit zu finden, die so viele Fehler enthält» (Partha Dasgupta, *The control of Resources*, Oxford 1982). Erst die zahlreichen Forschungen aus dem Umfeld der Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom haben die Grobschlächtigkeit des «Tragik»-Arguments erkennen lassen.

Hardin hat dazu beigetragen, der engen Perspektive vom Menschen als *homo oeconomicus*, als bloßer Nutzenmaximierer, Nahrung zu geben. Schon 1954 hatte Scott Gordon ange-

sichts der drohenden Überfischung der Meere das Niemandsland mit dem «Eigentum aller» gleichgesetzt. Der Satz «Jedermanns Eigentum ist niemandes Eigentum» erlangte Berühmtheit. So folgte ein Kurzschluss dem anderen. Die Tragik der Allmende sei zwangsläufig, solange alle Zugang zu ihr haben, solange sie jedermanns und damit niemandes Eigentum sind.

Hardin sah sich Jahre später zu Korrekturen veranlasst und bezeichnete nun seinen Essay genauer als eine Analyse der «Tragik der unverwaltungten Gemeingüter». Tatsächlich beschrieb er in seinem ursprünglichen Essay eine Situation des ungehinderten Zugangs zu Land, das niemandem gehört. Er verwechselte Gemeingüter mit Niemandsland.

Doch Gemeingüter sind kein Niemandsland. Sie entstehen aus der Fähigkeit der Nutzergemeinschaften, Zugangs- und Nutzungsregel festzulegen, die allen dienen. Niemandem zugehörig zu sein ist untypisch für die Allmende.



«Dorfanger Großarmschlag»
FOTO: KONRAD LACKERBECK,
WIKIMEDIA COMMONS

Zudem ging Hardin offenbar davon aus, dass die Herdenbesitzer nicht miteinander reden. Aber Menschen, die natürliche Ressourcen gemeinsam bewirtschaften, tauschen sich ständig aus.

Gemeingüter entstehen und entfalten sich aus der Kommunikation in lebendigen sozialen Netzen.

Schließlich nahm Hardin an, dass Menschen vorwiegend für den Verkauf und mit entsprechender Gewinnerwartung produzieren.

«Für Hardin ist die Allmende ein Schlaraffenland, das leergefressen wird. Für seine Kritiker eher ein gemeinsames Picknick, zu dem jeder was beiträgt und wo sich jeder in Maßen bedient.»
BERNHARD PÖTTER, LE MONDE DIPLOMATIQUE, AUGUST 2009, S.10

Stattdessen benötigen wir die Fülle der Gemeingüter vor allem für uns selbst. Ist das gesichert, muss eine kommerzielle Nutzung nicht ausgeschlossen sein.

Die sogenannte «Tragik der Allmende» ist immer eine Tragik der menschlichen Gemeinschaft – ein Versagen, vernünftige Regeln für den Umgang mit den Gemeingütern zu entwickeln und durchzusetzen.

Nirgends wird das deutlicher als dort, wo es tatsächlich unregulierten Zugang zu natürlichen Ressourcen gibt oder wo die Kooperation innerhalb der Gemeinschaft aus verschiedenen Gründen nicht existiert. Die dramatische Übernutzung der Atmosphäre und die drohende Ausrottung der weltweiten Fischbestände offenbaren das bisherige Scheitern zahlloser Versuche, uns als Weltgemeinschaft miteinander auf sinnvolle Regeln zu verständigen. Das muss und kann anders sein.

GEMEINGÜTER ERMÖGLICHEN ES, GEMEINSAM MEHR UND BESSERES ZU ERREICHEN

Im Jahre 1991 hatte der finnische Informatikstudent Linus Torvalds die Idee, ein Betriebssystem zu schreiben, also eine Software, die den Rechner steuert. Zunächst wollte Torvalds nur fehlende Funktionen für seinen neu erworbenen Rechner nachrüsten, doch nach monatelanger Bastelei merkte er, dass «sein» System auch Anderen nützlich werden könnte. «Ich arbeite an einem (freien) Betriebssystem (nur ein Hobby...）」 – schrieb Linus Torvalds im Internet. Er bat um Rückmeldungen und fragte, welche Eigenschaften sich die anderen von einem solchen System wünschten. Wochen später stellte er die Software ins Netz. Das ermöglichte jedem, Torvalds Code herunterzuladen, zu verwenden und bei entsprechenden Programmierkenntnissen den eigenen Bedürfnissen anzupassen.

Die Ankündigung stieß auf gewaltiges Interesse, denn die damaligen Betriebssysteme konnten entweder wenig (wie DOS), oder sie waren teuer. Zudem wurden sie von Firmen entwickelt, auf die die Nutzer keinen Einfluss hatten. Das Vorgehen von Linus Torvalds war eine Sensation. Er machte alle Quelltexte öffentlich zugänglich, bat die Nutzer explizit um Rückmeldungen und Mitarbeit und stellte die Ergebnisse allen zur Verfügung. Es dauerte nur zwei Jahre, bis über hundert Leute Linus Torvalds' System mitentwickelten, das in Anlehnung an seinen Schöpfer «Linux» getauft wurde. Damals hatte das von Richard Stallman initiierte GNU-Projekt (siehe S. 39f.) bereits viele freie Betriebssystemkomponenten entwickelt. Durch die Kombination mit dem von Torvalds geschriebenen Kern entstand ein praktisch nutzbares und komplett freies Betriebssystem: GNU/Linux. Die freie Lizenz GNU GPL (General Public License) sorgte dafür, die Freiheit und damit den Gemeingutcharakter des Systems zu schützen.

Heute gehört Linux neben Windows und Mac OS zu den drei am weitesten verbreiteten Systemen. Es wird millionenfach verwendet. Noch beliebter als bei Privatanwendern ist Linux bei Firmen, die es insbesondere für Server einsetzen, die dauerhaft und zuverlässig laufen müssen. Auch wo die Leistungsanforderungen besonders hoch sind, wird das freie Betriebssystem gerne eingesetzt. So laufen etwa 90 Prozent der 500 schnellsten Supercomputer unter Linux.

Der Erfolg von Linux basiert nicht nur darauf, dass die Software selbst Gemeingut ist, er basiert vor allem auf der Community, die hinter seiner Entwicklung steht. Die offene, dezentrale und scheinbar chaotische Art und Weise, in der Torvalds und Mitstreiter zusammenarbeiten, ist als «Basar»-Modell in die Software-Geschichte eingegangen – im Gegensatz zum hierarchischen, sorgfältig geplanten «Kathedralenstil», der nicht nur den Bau mittelalterlicher Kathedralen, sondern auch einen Großteil der in Firmen entwickelten Software prägte.

Die Beteiligung an Projekten für Freie Software wird oft mit der 90–9–1-Regel beschrieben: 90 Prozent nutzen das System nur, etwa 9 Prozent tragen gelegentlich zur Weiterentwicklung bei, und nur 1 Prozent beteiligt sich regelmäßig und intensiv. Der Aufstieg mancher Nutzer zu sporadischen oder auch intensiven Mitentwicklern erfolgt per «Selbstauswahl» – es gibt keine Beteiligungsverpflichtung, aber auch wenig Hindernisse. Jeder sucht sich selbst aus, ob und wie viel er tun möchte. Oft beginnt Beteiligung damit, dass jemand einen «bug» meldet – etwas, das nicht richtig funktioniert; eventuell schreibt er danach einen «patch», einen «Softwareflicken», um den Fehler zu beheben, oder er testet das System und dokumentiert die Probleme – und schon wird zur Weiterentwicklung des Gemeinguts beigetragen.

Erfahrenere Beteiligte begutachten den so entstandenen Code. Sie entscheiden, ob er ins System aufgenommen werden kann, ohne Bisheriges zu zerstören, oder ob korrigiert werden muss. Bei Linux gibt es ungefähr hundert dieser sogenannten «Maintainer». Sie übernehmen Verantwortung für bestimmte Teilsysteme und sorgen dafür, dass alles läuft. Je länger und intensiver jemand mitarbeitet, desto unproblematischer werden seine Änderungen von den zuständigen Maintainern übernommen. Selbst Maintainer zu sein bedeutet zwar mehr Verantwortung und Einfluss auf die weitere Entwicklung des Projekts, aber es bringt keine Macht über andere. Vielmehr sind die Maintainer stets auf die freiwilligen Beiträge der anderen angewiesen.



Linus Torvalds
LINUSMAG.COM

Der Erfolg von Linux basiert nicht nur darauf, dass die Software selbst Gemeingut ist, er basiert vor allem auf der Community, die hinter seiner Entwicklung steht.



«Tux» der Linux-Pinguin
VON LARRY EWING

Der Linux-Community ist es gelungen, einen freien und offenen Stil der Software-Entwicklung zu finden, der mit wenigen Formalitäten (Richtlinien) und ohne Befehlsstrukturen auskommt. Sie hat dabei das für die klassische Software-Entwicklung geltende «Brooksche Gesetz» widerlegt, dass eine Vergrößerung des Teams über einen bestimmten Punkt hinaus die Entwicklung der Software verlangsamt, da der Kommunikationsaufwand überproportional ansteigt. Für die Entwicklung im Basar-Stil gilt:

«**Unter der Voraussetzung, dass der Entwicklungskordinator ein Medium zur Verfügung hat, dass wenigstens so gut ist wie das Internet, und dieser Koordinator weiß, wie man ohne Zwang führt, werden viele Köpfe zwangsläufig besser arbeiten als nur einer.**» (Eric Raymond)

Lesetipp

Eric Raymond: *Die Kathedrale und der Basar.*
<http://gnuwin.epfl.ch/articles/de/Kathedrale/>

GEMEINGÜTER SICHERN DEN SOZIALEN ZUSAMMENHALT

Auch am Beispiel der größten uns zur Verfügung stehenden Allmenderessource, der Erdatmosphäre, wird in diesen Jahren der Zusammenhang von materiellem Gut und Gemeinschaftsbildung augenfällig: Um die Atmosphäre von einem Niemandsland zu einem Gemeinschaftsgut zu machen, sind die Nationen der Erde gezwungen, sich ein Stück weit als Weltgemeinschaft zu konstituieren. Weil Gemeingüter «Kümmerer» brauchen, die für deren gedeihliche Nutzung Sorge tragen, begründen sie neue Formen der Zusammenarbeit. Mit anderen Worten:

Gemeingüter halten den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft lebendig, und liefern damit auch einen fundamentalen Beitrag zum Funktionieren von Markt und Staat.

GUT ZU WISSEN

Nicht alles ist Gemeingut, aber vieles kann Gemeingut werden.
Gemeingüter kennzeichnet ...

- ◆ dass eine Ressource, gleich ob Wasser oder Wissen, dauerhaft gemeinsam genutzt wird, statt sie zu verbrauchen oder anderen vorzuenthalten
- ◆ dass sich eine identifizierbare Gruppe um die entsprechende Ressource kümmert und sie pflegt, statt sie der Freibeuterei zu überlassen
- ◆ dass diese Gruppe sich auf angemessene und transparente Regeln verständigt, statt Regellosigkeit zu akzeptieren
- ◆ dass der Umgang mit den Ressourcen weitgehend selbstorganisiert ist, statt fremdbestimmt zu sein
- ◆ dass alle Nutzer mitgestalten und mitbestimmen können, statt sich immer nur vertreten zu lassen
- ◆ dass der Nutzen sich verteilt, statt sich zu konzentrieren

EXKURS: ICH UND DIE ANDEREN

«Die Freiheit des einen endet dort, wo die Freiheit des anderen beginnt.» Diese Idee unterstellt, dass wir als Individuum isoliert sind; dass wir in Konflikt mit den Interessen anderer geraten, wenn wir unsere Interessen (oder die von Familien und Freunden) verfolgen. Doch die Freiheit der anderen ist nicht unbedingt das Ende unserer Freiheit. Sie ist vielmehr deren Bedingung.

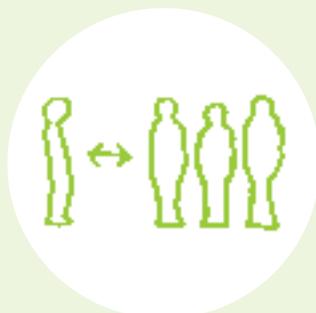
Gemeingüter sind nicht statisch. Sie sind in ständiger Veränderung begriffen und geben Auskunft darüber, wie eine Gruppe von Menschen nutzt und reproduziert, was niemandem als Einzelperson zusteht. Die Vielfalt und Vitalität der Gemeingüter sagt deshalb viel über unsere Gesellschaft. Ohne aktive Menschen, die Sorge für die Gemeingüter tragen, gibt es kein Gemeingut. Täglich benötigte Ressourcen würden verbraucht, künstlich verknappt oder zum Niemandsland.

Wer sich für Gemeingüter einsetzt, nutzt nicht nur sich selbst, sondern zugleich den anderen. Wer die Gemeingüter schädigt, schadet auch sich selbst.

Sich auf Kosten anderer zu entfalten, stellt sich als Illusion heraus, denn die Entfaltung des Einzelnen ist Bedingung für die Entfaltung aller und umgekehrt. Individuell entfalten wir uns, indem wir Dinge tun, die für uns *und* andere nützlich sein können. Ich kann nur voran kommen, wenn auch die anderen voran kommen. Das unterscheidet die Selbstentfaltung von der Selbstverwirklichung. Die einen schreiben freie Software und machen freie Musik, die anderen engagieren sich in der Umweltbewegung, für einen interkulturellen Garten oder öffentliche Räume, die Gemeingütern Chancen bieten. Was immer der Einzelne tut, er wird mehr und Besseres erreichen, wenn sich auch andere beteiligen.

Lesetipp

Stefan Merten und Stefan Meretz: *Freie Software und Freie Gesellschaft*, Open Source Jahrbuch 2005, S. 293–309.
www.opentheory.org/ox_osjahrbuch_2005/text.phtml



WEM GEHÖREN GEMEINGÜTER?

WEM GEHÖRT DER HIMMEL? WEM DIE STILLE? WEM DAS LAND?

«Alle Menschen sind ursprünglich [...] im rechtmäßigen Besitz des Bodens, [...] sie haben ein Recht, da zu sein, wohin sie die Natur [...] gesetzt hat. Dieser Besitz [...] ist gemeinsamer Besitz, wegen der Einheit aller Plätze auf der Erdoberfläche, als Kugelfläche [...]»

IMMANUEL KANT

«Es gibt Beispiele für erfolgreiches und erfolgloses Ressourcenmanagement von Regierungen, kommunalen Vereinigungen, Kooperativen, Freiwilligenorganisationen, Privatpersonen oder Unternehmen.»

ELINOR OSTROM

Jeder Mensch – in Gegenwart und Zukunft – hat das gleiche Recht, all das zu nutzen, was niemandem individuell zuschreibbar ist. Daraus erwächst die Notwendigkeit, diese Dinge in unverminderter oder besserer Qualität weiterzugeben.

Verantwortung für Gemeingüter rührt auch aus der Verantwortung für eine erträgliche Zukunft. Dafür, dass auch andere in der Zukunft gut leben können.

Die Kontrolle über den Umgang mit Wasser und Wald, Softwarecode und Saatgut, urbanen Räumen und Kulturtechniken obliegt der Gesellschaft, denn Gemeingüter bleiben uns nur dann als solche erhalten, wenn es gelingt, diesen Umgang transparent und im Interesse der Allgemeinheit zu gestalten.

Staat oder private Akteure sind nur (vorübergehende) Treuhänder oder Sachwalter der Gemeingüter.

Wem dabei welche Rolle zukommt, wird – je nach politischer Einstellung – sehr unterschiedlich beantwortet. Wer einen Beleg dafür sucht, dass der Staat nicht im Gemeininteresse verwaltet, was allen zusteht, wird ihn finden. Sicher findet er auch Beispiele, wo sich der Staat als guter Treuhänder erweist. Wer private, am Markt orientierte Akteure für die Plünderung der Gemeinressourcen oder für ungerechte Zugangsbeschränkungen verantwortlich macht, kann ungezählte Beispiele nennen. Modelle, bei denen sich Marktakteure als Treuhänder der Gemeingüter bewähren, sind eher selten; aber es gibt sie, zum Beispiel beim Wald. Wer schließlich den Menschen selbst Verantwortung gibt, wird ebenso Geschichten des Scheiterns und des Erfolgs hinzufügen können.

Sicherung der Gemeingüter ist eine immerwährende Herausforderung, für die es kein Patentrezept gibt.

DER NEUE GRIFF NACH LAND

1,3 Millionen Hektar madagassisches Farmland wollte das südkoreanische Unternehmen Daewoo Logistics auf Jahrzehnte pachten. Korea braucht Getreide. Auf der afrikanischen Insel war die Empörung groß. Sie schürte jene Unruhen, die im Frühjahr 2009 eine Regierungskrise auslösten. Am Ende erlosch das Projekt mit dem Sturz des Regierungschefs Marc Ravalomanana. Doch mit den Nachrichten aus Madagaskar wurde deutlich: Dieser Angriff auf eine der existenziellen Gemeinressourcen, den Boden, war alles andere als ein Einzelfall. Unternehmen und Regierungen Chinas, Japans, Malaysias, Saudi-Arabiens, Kuwaits oder Ägyptens sind auf «großer Einkaufstour», um sich riesige Agrarflächen zu sichern. Geplant oder schon besiegelt seien Landkäufe von Uganda bis Brasilien, von Pakistan bis zur Ukraine, recherchierte die Nichtregierungsorganisation GRAIN.

Auch im Sudan, wo Millionen hungern, hat nördlich von Khartum die saudische Firma Adco für 95 Millionen US-Dollar mehr als 10.000 Hektar Land gepachtet, um Weizen und Gemüse für die eigene Bevölkerung anzupflanzen.

Das Wort vom neuen Kolonialismus macht die Runde. Es sind besonders die Regierungen der Schwellenländer, die den Konkurrenzkampf um Land schüren. Ihre Bevölkerungen wachsen, immer mehr Menschen konsumieren immer mehr veredelte Lebensmittel wie Fleisch und Milch. Zudem besteht die Sorge, dass niederschlagsarme Gebiete im eigenen Land wegen des Klimawandels noch mehr austrocknen. Auch die Agrarspritproduktion meint immer neue Flächen beanspruchen zu dürfen.

Weltweit geht ein dramatischer Strukturwandel in der Verfügung über den Boden unter unseren Füßen vorstatten. Dies wird von der rasanten technologischen Entwicklung angetrieben. Die synthetische Biologie verspricht eine Welt, in der die in der Landwirtschaft gewonnene Glukose extrahiert, fermentiert und zu hochwertigen Roh-

stoffen für die pharmazeutische und chemische Industrie verarbeitet werden kann. Sich selbst vermehrende synthetische Mikroben (lebende Chemiefabriken) werden künftig eine enorme Menge Biomasse verbrauchen, die bisher nicht verwertet wurde oder den Gemeinschaften zur Verfügung stand. Sie werden daraus Produkte erzeugen, von denen andere profitieren. Die Einhegung («enclosure») der Gemeingüter erreicht damit eine neue Dimension.



Madagaskar
FOTO: FLICKR-NUTZER
LUC LEGAY

Für den ideologisch unverdächtigen Immanuel Kant ist der Boden gemeinsamer Besitz. Doch was bedeutet es konkret, den Boden den Gemeingütern zuzurechnen? Es ist in unserer Gesellschaft kaum vorstellbar, dass Grund und Boden nur zur vorübergehenden Nutzung in Besitz genommen werden soll – und somit quasi zum Gebrauch lizenziert wird. Dennoch darf dieser Gedanke kein Tabu sein, denn richtig bleibt:

Grund und Boden sind in ihrer Verfügbarkeit begrenzt; die Nutzungsrechte Einzelnder finden in den Nutzungsrechten aller «ursprünglich rechtmäßigen Besitzer» ihre Begrenzung.

Lesetipp

Christoph Strawe: *Das Ringen um ein modernes Bodenrecht.*
www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/Bodenrecht.pdf

«Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias [gute Familienväter] den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.»
KARL MARX: DAS KAPITAL, BAND 3

Ein nachhaltiger, fairer und kreativer Umgang mit Gemeingütern entscheidet sich nicht allein an der Frage der Eigentumsrechte. Entscheidend ist, von wem und wie Eigentumsrechte, vor allem Zugangs- und Nutzungsrechte, konkret ausgestaltet werden. Wer definiert die Spielregeln? Wer definiert diese Regeln so, dass sie Fairness und Verantwortung aus sich selbst heraus erzeugen? Wer kontrolliert ihre Einhaltung? Was sind die Bedingungen dafür, dass Gemeingüter auch morgen noch in Fülle zur Verfügung stehen? Ein Patentrezept gibt es nicht, doch es gibt Grundsätze, die ein Leben tragen, in dem Gemeingüter gedeihen. Ein einfacher Grundsatz leitet sich aus unseren Nutzungsrechten ab:

Exklusive, andere vollkommen ausschließende private Eigentumsrechte an Gemeingütern darf es nicht geben.

DER SCHUTZ DER MICKEY MOUSE

In Kongress und Senat der USA gab es Versuche, den Schutz des Urheberrechts für unauflösbar zu erklären. Der in den USA sehr bekannte Entertainer und spätere Politiker Salvatore Phillip «Sonny» Bono wollte – darauf verwies seine Witwe, die seinen Kongresssitz übernommen hatte – die «unendliche» Gültigkeit im Copyright Act verankert sehen, aber das war aus verfassungsrechtlichen Gründen unmöglich. Die Witwe brachte daher einen Vorschlag des Filmindustrielobbyisten Jack Valenti ins Spiel.

Dieser hatte, sicher ironisch, den Kompromissvorschlag unterbreitet, das Urheberrecht könne «für immer minus einen Tag» gelten («forever less one day»). Der Senat hat diesem Gesetzentwurf von 1997 nicht zugestimmt. Allerdings verabschiedete er 1998 ein Gesetz, durch das die verschiedenen Laufzeiten des Copyright-Schutzes um jeweils 20 Jahre verlängert wurden. In den meisten Fällen bedeutete das fortan 70 Jahre Copyright, bei von Unternehmen geschaffenen Werken sogar bis zu 120 Jahre. Zu Ehren des verstorbenen Entertainers heißt dieses Gesetz «Sonny Bono Copyright Term Extension Act», in der Öffentlichkeit kritisch etikettiert als «Mickey-Mouse-Schutzgesetz».

«Disney Infinite Copyright»-
Symbol
WIKIMEDIA COMMONS



Doch nicht nur die Interessen der Walt Disney Corp. standen auf dem Spiel, auch die Rechte an Werken von Ernest Hemingway oder an der Musik von George und Ira Gershwin blieben so für 20 weitere Jahre den Rechteinhabern erhalten. Eric Eldred, der eine frei zugängliche Online-Bibliothek aufbauen wollte, legte gegen das Gesetz Verfassungsbeschwerde ein. Sein Argument: Es verstöße gegen das «Recht der freien Rede». Doch der Oberste Gerichtshof schloss sich der Beschwerde nicht an. Eldred verlor. «Der Oberste Gerichtshof fällt gegen die mächtigen Interessen kein Urteil» – so später der Anwalt Eldreds und Gründer von Creative Commons, Lawrence Lessig.

Die Geschichte des «Mickey Mouse Protection Act» kann verallgemeinert werden: die Politik hat in den letzten Jahren vorzugsweise die individuellen Rechte der Urheber sowie die kommerziellen Rechte der Wissensindustrie gestärkt. Beruht aber nicht der Erfolg Walt Disneys in hohem Maße darauf, dass Disney aus dem Schatz der Märchen und Sagen und aus inzwischen gemeinfreien literarischen Vorlagen schöpfte? Disney hat, wie andere auch, die Ausgangsfiguren wie Schneewittchen, die kleine Meerjungfrau, Peter Pan oder Alice im Wunderland zu neuem Leben erweckt. Er hat sie verändert, «remixed», und mit Neuem versehen. Mit dem Ergebnis verdient Disney Geld. Der kommerzielle Erfolg beruht also auch auf dem Rückgriff auf ein gemeinsames kulturelles Erbe. Daraus entsteht eine «Rückgabepflicht» an die Allgemeinheit. Oder sollen exklusive Verwertungsrechte an dem, was aus unserer Kultur entstanden ist, wirklich bis zu 120 Jahre – also weit über den Tod der Kreativen hinaus – beansprucht werden dürfen? Disney könnte stattdessen Donald Duck oder Mickey Mouse in die Gemeinfreiheit entlassen, die Investitionen sind vielfach eingespielt.

Eine Gesellschaft braucht Vertrauen in die unendliche Kreativität, neue Figuren und Geschichten zu erschaffen. Kreative sind auf die Möglichkeit angewiesen, aus der Fülle der kulturellen Allmende frei zu schöpfen. Unsere Kultur ist ein unerschöpfliches Reservoir an Geschichten, Bildern, Musik und vielem mehr – wenn der Zugang zu diesen Gütern nicht verschüttet oder verknappert wird. Kultur ist darauf angewiesen, dass man wieder «einahlt» und nicht unbillig – «für immer minus eins» – auf privaten Rechten an Kulturgütern beharrt.

Egal, ob die Dinge materieller oder immaterieller Natur sind, ob sie der natürlichen, kulturellen oder sozialen Sphäre zugehören – um Übernutzung und Unternutzung zu vermeiden, ist jede Eigentumsform an zwei Bedingungen zu messen:

- ◆ Zum einen muss bei jeder Nutzung gewährleistet sein, dass Gemeingüter nicht in ihrem Bestand zerstört oder verbraucht werden.
- ◆ Zum anderen muss gewährleistet sein, dass niemand, der anspruchsberechtigt oder auf die jeweiligen Gemeingüter angewiesen ist, von Zugang und Nutzung ausgeschlossen wird.

[Lesetipp](#)

Manifest Gemeingüter stärken. Jetzt!

www.boell.de/demokratie/demokratie-7144.html

«Wenn ich weiter sehen konnte, so deshalb, weil ich auf den Schultern von Riesen stand.»

ISAAC NEWTON IN EINEM BRIEF AN ROBERT HOOKE

GUT ZU WISSEN

GEMEINEIGENTUM IST ETWAS ANDERES ALS GEMEINGUT (« COMMONS »)

Gemeineigentum ist eine Form kollektiven Eigentums. Im Unterschied zum Privateigentum gehören Dinge, die sich in Gemeineigentum befinden, nicht einer einzigen, sondern mehreren Personen. Das können Genossenschaften, Erbgemeinschaften, aber auch Aktiengesellschaften sein. Wie beim Privateigentum werden beim Gemeineigentum Menschen (die Nichteigentümer) von Zugang und Nutzung einer Sache ausgeschlossen; im Unterschied zu einer Situation, in der niemand vom Zugang ausgeschlossen wird. Diese bezeichnet man als «Open access»-Regime.

WIE KNAPP WIRD, WAS NICHT KNAPP IST: EIN STUDENTENBERICHT ZUM MODERNEN URHEBERRECHT

Ich habe im Internet für eine Hausarbeit über Gemeingüter recherchiert und wurde fündig. Unkompliziert konnte ich mir einige Texte herunterladen, sowie geeignete Passagen in meine Entwürfe einarbeiten. Bis ich auf einen interessanten Text aufmerksam wurde, der kostenpflichtig ist bzw. nur in einer Bibliothek, die die Rechte dafür erworben hat, eingesehen werden darf. «Kein Problem», denke ich, die Universitätsbibliothek hängt am Netz, somit auch ihr Katalog. Und tatsächlich – der im Netz nachgewiesene Artikel wird vom Bibliothekskatalog als «in elektronischer Form vorhanden» ausgewiesen. Doch beim Versuch, diesen herunterzuladen, kommt die Fehlermeldung. «Diese Arbeit ist nur in den Räumen der Bibliothek einsehbar.» Ich stutze. Wieso denn das? Ich fahre also mit dem Bus eine knappe Stunde in die Staatsbibliothek und frage mich zu den Online-Leseplätzen durch. Dort bekomme ich über den Online-Katalog die gewünschte Arbeit nachgewiesen. Wieder eine Meldung auf dem Bildschirm: «Der gewünschte Sammelbandartikel wird momentan von einem anderen Benutzer eingesehen. Die Bibliothek hat jedoch nur einen Sammelband käuflich erworben und darf nach dem Prinzip der Bestandsakzessorietät zeitgleich nur so viele Artikel für die Nutzung elektronisch freigeben, wie sie Rechte an der gekauften Vorlage hat. Eine Ausnahme von dieser Regel sehen wir in Ihrem Fall nicht.» Ich stutze schon wieder.

Die öffentliche Bibliothek als Faradayscher Käfig.
FOTO: FLICKR-NUTZER SLAB MAGAZINE



«Bestandsakzessorietät» habe ich zwar nicht verstanden, aber was daraus folgen soll, schon. Ich muss warten! Warum eigentlich? Hatte ich nicht neulich in einem Seminar gelernt, dass elektronische Ressourcen nicht-rivalisierend im Gebrauch seien? Mein Gebrauch beeinträchtigt nicht den eines anderen. Was es bedeutet, dass solche Dinge – wie die Lektüre eines Textes – entgegen der Theorie nun doch verknappt und ausschließbar gemacht werden, wird mir schlagartig bewusst. Nun ja, ein Kaffee ist immer gut ... Nach dem Kaffee endlich freie Hand! Der Artikel ist allerdings recht lang, also will ich ihn für eine spätere gründliche Lektüre auf meinen USB-Stick schreiben. «Save as» – ich stutze zum Dritten. Dieses Mal besagt die Meldung, dass der Text nicht gespeichert werden kann. Notgedrungen beginne ich den Text zu lesen. Dann will ich wissen, an welcher Stelle sich die für mich zentralen Begriffe «Commons» oder «Gemeingut» befinden. Ergebnis: «Keine Fundstelle». Merkwürdig, es ist doch ein Fachtext! Ich teste ein Alltagswort. «Keine Fundstelle». Die Suchfunktion im Volltext funktioniert nicht. Entnervt beschließe ich, nur einen wichtigen Satz, den ich als Zitat nutzen möchte, in den Zwischenspeicher zu kopieren und in meinen Stick zu laden. Auch hier Fehlanzeige. Schließlich finde ich den entscheidenden Hinweis: «Das ist ein DRM-geschütz-

tes PDF, alle Rechte gehören dem Verlag. Sie können ihn nur auf dem Bildschirm lesen. Sie dürfen sich Notizen machen.» Eine solche technische Schutzmaßnahme hatte ich in einer öffentlichen Bibliothek nicht erwartet. Für mich hieß das: Entweder verbringe ich die nächsten zwei Stunden am Bildschirm und exzerpiere, wie es jahrhundertlang in der Gutenberg-Welt usus war. Oder: Ich verlasse den Lesesaal und beschließe, die gewünschte Arbeit für unwichtig zu erklären. Die dritte Möglichkeit, den Artikel zu Hause online beim anbietenden Verlag für 30 Euro zu kaufen, verwerfe ich, zumal ich damit nur eine Lizenz für meinen persönlichen Gebrauch auf meinem persönlichen Rechner erwerben würde. Ach ja, der Schutz über Digital Rights Management (DRM) sei in meinem eigenen Interesse, sagt die Meldung.

Ich habe auf den Artikel verzichtet, doch ich wollte zumindest wissen, warum das alles so ist. Urheberrecht und Copyright hatte ich bislang mit dem Streit um die Nutzung von Musik, Videos, Spielen und Unterhaltungsliteratur in Verbindung gebracht. Aber Forschung, Lehre und Studium? Ich erinnerte mich an Art. 5 des Grundgesetzes.

Artikel 5 des Grundgesetzes:

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. [...]

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. [...]

Eine öffentliche Bibliothek, die die Anschaffung der dort verfügbaren Werke bezahlt hat, ist allgemein zugänglich – aber ungehinderten Zugang hatte ich nicht. Und hatte ich auch das mit der Wissenschaftsfreiheit missverstanden? Als ich meinen Professor darauf anspreche, erfahre ich, dass die Rechte im Grundgesetz und die explizit in einem Gesetz formulierten Rechte und deren Einschränkungen ganz verschiedene Dinge seien. Mein Fall sei über das Urheberrecht geregelt, und dieses schütze vor allem den Urheber bzw. denjenigen, der die Rechte vom Urheber zum Zwecke der Publikation und Verwertung übernommen hat. Sicherlich gäbe es im öffentlichen Interesse auch Einschränkungen dieser umfassenden Urheber- bzw. Verwerterrechte, so könne man durchaus die Nutzung elektronischer Materialien über die Bibliotheken auch ohne Erlaubnis der Rechteinhaber ermöglichen. Wenn der Gesetzgeber das so verfügt! Warum geschah es dann nicht? Mein Professor wies mich auf § 52b des Urheberrechtsgesetzes hin, der diese «Wiedergabe von Werken an elektronischen Leseplätzen in Bibliotheken [...]» regelt. Dort habe ich all das als Gesetzesnorm gefunden, was mich gehindert hat, in der Bibliothek so zu arbeiten, wie ich das im Internet gewohnt bin. Ehrlich gesagt, ich verstehe es nicht. Warum verabschieden unsere Parlamentarier ein Gesetz, das es Studenten und Professoren schwerer macht, an Wissen und Informationen zu kommen als im Gutenberg-Zeitalter? Zumal die Produktion dieses Wissens in der Regel mit öffentlichen Mitteln geschieht. Ich finde, das ist eine Verfassungsklage wert. Eine These für meine Hausarbeit steht jedenfalls fest:

Was öffentlich war oder öffentlich finanziert ist, muss öffentlich zugänglich bleiben.

«Eine gut ausgebaute Wissensallmende ist für das Denken, aber auch für das Produzieren oder Heilen so wichtig wie die Luft zum Atmen.»

ATTAC-BASISTEXT 15 –
WISSENSALLMENDE

KRIEG GEGEN DIE FISCHER

Fischereifahrzeug
FOTO: FLICKR-NUTZER
MARITIMUS



Wir schreiben das Jahr 2048. Die globalen Thunfischbestände waren vor 40 Jahren kollabiert, ebenso wie ein Drittel aller kommerziell genutzten Fischarten. Fischfang lohnte sich nicht mehr. Die Grundschieppnetzfischerei – eine so grobe Fangmethode, als würde man Wälder abholzen, um des Wildes habhaft zu werden – hatte zudem die Meeresböden für Jahrhunderte geschädigt. Die Fischer und Fischereipolitiker waren zwar seit den 1990er Jahren alarmiert, doch ein Umsteuern scheiterte ein ums andere mal an der Kurzsichtigkeit der Akteure. Inzwischen ist weltweit der Kollaps aller kommerziell nutzbaren Fischbestände eingetreten, wie von Experten im Jahr 2006 vorausgesagt.

Die Meere werden von Quallen dominiert, die keine natürlichen Feinde mehr haben. Der Tourismus an den Küsten kämpfte zwei Jahrzehnte lang ums Überleben. In den 2030ern kam er zum Erliegen. Millionen Fischer sowie Menschen im fischverarbeitenden Gewerbe und in den Küstenorten haben ihre Arbeit verloren. Die sozialen Spannungen in diesen Regionen nehmen zu. Intensiv bewirtschaftete Aquakulturen – ursprünglich als Alternative gedacht – hatten in wenigen Jahrzehnten ganze Küstenstreifen verödet. Die Böden sind belastet vom Kot der Zuchtfische und von Antibiotika, sie sind versalzt und nutzlos. Um die verbliebenen Fischgründe, in bis zu 3000 Metern Tiefe, konkurrieren zwei internationale Konzerne mit ihren Hightechtrawlern. Ihr Monopol auf die selten und teuer gewordenen Delikatessen wird einzig von bewaffneten, illegalen Schiffen bedroht. Diese Schiffe wurden auf dem Höhepunkt der Krise von Piraten gekapert, just als die UN einen letzten verzweifelten Versuch unternahm, die rücksichtslose Hochseefischerei vor den Küsten der Entwicklungsländer einzudämmen und die globale Fangmenge zu verringern. Die Folgen für die Menschen sind dramatisch. So ist derzeit die Grundversorgung mit Eiweiß eines Sechstels der Weltbevölkerung akut gefährdet. Hungerrevolten sind an der Tagesordnung, immer mehr Menschen fliehen. Der Krieg gegen die Fische wurde zum Krieg gegen die Menschen.

BUNTES LEBEN IM MEER UND AN LAND



Aufgenommen in Madagaskar
VON JONATHAN TALBOT,
WORLD RESOURCES INSTITUTE

Wir schreiben das Jahr 2048. Die Fischereipolitik erlebte 2012, dem Jahr der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik der EU, eine spektakuläre Wende. Es gelang, innerhalb eines Jahrzehnts die globalen Fangmengen von damals 90 Millionen Tonnen zu halbieren. Dabei wurden die Quotenempfehlungen des Internationalen Rates zur Erforschung der Meere (ICES) regelmäßig unterboten, denn der globale Raubzug gegen die Fische hatte Schlagzeilen gemacht und die Bevölkerung entsetzt. Politikern, die für ein «Weiter so» standen, drohte ein massiver Verlust ihres Ansehens. Die Verbraucher boykottierten nahezu alle Produkte, die nicht das Siegel des Marine Stewardship Council trugen. Die Hälfte der Fangfahrzeuge – etwa 6000 Schiffe – wurde stillgelegt, der Treibstoffverbrauch der verbleibenden Flotte drastisch reduziert. Wer der Grundschieppnetzfisherei überführt wurde, verlor seine Betriebsgenehmigung. Die Vergabe der verfügbaren Fangquoten verband sich fortan mit strengen Kriterien zur Fangqualität. Vorzug erhielten Fischereiunternehmen und Kooperativen, die natürliche Reproduktionszyklen berücksichtigten, wenig Beifang nachweisen konnten und Produktfrische garantierten. Auch die Anzahl und Sicherheit der Arbeitsplätze, ein geringer Energieverbrauch und die Stärkung kommunitärer Strukturen durch die Reinvestition von Gewinnen spielte in der Quotenvergabe eine Rolle. Die Fischpiraterie ist dank internationaler Kooperation eingedämmt. Maritime Schutzgebiete sichern die Kinderstuben der Fische. Ende der 2020er Jahre waren die letzten industriellen Aquakulturen verschwunden. Es folgte ein Boom innovativer Aquakulturtechnik – mit geschlossenen Kreisläufen, Solarversorgung und fischmehlfreiem Futter. Auch in Touristenregionen kommt nur frischer, einheimischer Fisch auf den Tisch der Restaurants. Das gehört zum guten Ton. Wo Bestände gefährdet sind, besteht Verkaufsverbot. Fischer werden insbesondere in fangarmen Zeiten in nachhaltigen Fangmethoden geschult. Sie werden für Pflegeleistungen honoriert oder in der Umrüstung der Hightech-Flotten eingesetzt. In den Entwicklungsländern sind Küstenfischerei und nachhaltige Fischzucht wieder zu einer langfristigen Perspektive geworden. Der Migrationsdruck sinkt.

GEMEINGÜTER STÄRKEN: IDEEN, INITIATIVEN, INSTITUTIONEN

Dort, wo immer mehr Menschen um Wasser und Land, Fischgründe und Wald konkurrieren, kann sich nicht jeder wie im Schlaraffenland verhalten. Wie aber gelingt Kooperation? Wie kann honoriert werden, dass Menschen in ihrem Handeln an die anderen und an morgen denken? Gemeingüterforschung hat eine Antwort darauf. Sie zeigt: Menschen tendieren dazu, Gemeinressourcen zu übernutzen, wenn sie sich nicht kennen. Dagegen sind Gruppen, die regelmäßig miteinander kommunizieren, in der Lage, fast optimale Ergebnisse in der Ressourcenbewirtschaftung zu erzielen.

Das Dilemma kann vermieden werden, indem Vertrauen aufgebaut wird. Es ist der schwierigste, aber zuverlässigste Weg, um zu gewährleisten, dass die eigene Einschränkung vom Gegenüber honoriert wird.

Gemeingüter schützen, schaffen und erweitern muss einträglich sein und mehr Reputation bringen als eine geradlinige Karriere oder ein gefülltes Bankkonto.

GUT ZU WISSEN

ES GIBT KEIN PATENTREZEPT

Eine sinnvolle Bewirtschaftung von Gemeingütern hängt von vielen Faktoren ab:

- ◆ **Vom Charakter der Ressourcen:** Dinge, deren Qualität sich durch den Gebrauch mindert – wie Wasser, Wald und die Atmosphäre – brauchen Zugangsbeschränkungen. Dinge, die sich durch die Nutzung vieler Menschen mehren – wie Sprache, Wissen und Traditionen – entfalten sich erst durch freien Zugang (Open Access).
- ◆ **Von der territorialen Bindung und Größe:** Es ist ein Unterschied, ob wir von lokalen, regionalen oder globalen Systemen reden. Für den Dorfbrunnen ist die Dorfgemeinschaft zuständig. Für das Wassereinzugsgebiet die Anrainer und die entsprechenden regionalen und überregionalen Behörden, für den globalen Wasserhaushalt und das Klima die Weltgemeinschaft und internationale Organisationen.

Globale natürliche Gemeingüter gibt es nur wenige, doch sie sind für das Überleben der Menschheit besonders wichtig: die Ozeane, das Klima, der globale Wasserhaushalt, die bio-genetische Vielfalt der Erde. Die damit verbundenen Probleme sind so komplex, weil direkte Kommunikation, Vertrauensbildung und Verlässlichkeit auf internationaler Ebene ungleich mühsamer herstellbar sind als in einer Dorfgemeinschaft. Aber sie sind doch unabdingbar. Leichter scheinen globale kulturelle Gemeingüter handhabbar, vor allem das Wissen in Bildung und Wissenschaft, weil die Produktion, die Verbreitung und die Nutzung von Wissen ohnehin international organisiert sind. Das begründet unter anderem den weltweiten Erfolg von Open Access (siehe nächste Seite).
- ◆ **Von den Erfahrungen und Verdiensten der Menschen:** So stehen etwa den indigenen Gemeinschaften im Amazonas, die über Jahrhunderte die Urwälder als globales Gemeingut erhalten haben, besondere Nutzungsrechte zu.
- ◆ **Von den historischen, kulturellen und natürlichen Bedingungen:** Wo sich aktive und lebendige (Staats-)Bürgerschaft entfalten konnte, da werden andere Commons-Institutionen hervorgebracht als in Gegenden, wo um den Respekt elementarer Menschenrechte gerungen werden muss – so wie es in Dürregebieten andere Bewirtschaftungsformen für den Umgang mit Wasser gibt als in regenreichen Gebieten.

- ◆ **Von der Existenz und Verlässlichkeit der Institutionen:** Staatliche Institutionen können Treuhänder, Streitschlichter und Kooperationspartner sowie Interessenvertreter auf internationaler Ebene sein. Nur wenn sie demokratisch legitimiert, transparent und von den Menschen anerkannt sind, sind sie in dieser Funktion durchsetzungsfähig. Korrupte oder fragile Staaten, aber auch Regierungen und Institutionen, die kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen Priorität einräumen, werden wenig nützen.
- ◆ **Vom Stand der technologischen Entwicklung:** Die Technik ermöglicht neue Dimensionen der Entfaltung der Gemeingüter, aber auch neue Dimensionen der Verknappung. Was bislang schnell knapp wurde – etwa die Verfügbarkeit des elektromagnetischen Spektrums – ist durch die Digitalisierung vielfältiger nutzbar geworden. Ein offenes Spektrum ist möglich! Umgekehrt wird durch neue Technologien künstlich verknappt, was, ohne die Qualität der Ressource zu mindern, allen zur Verfügung stehen kann: So wie früher Stacheldraht und Mauern das Land einzäunten, wird heute mit Kopierschutzmechanismen ein «digitaler Zaun» um Wissen, Ideen und Kultur gezogen.

Das Management der Gemeingüter ist ein komplexer sozialer Prozess, der andere Ansprüche stellt, als die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Bürger, Käufer und Verkäufer.

OPEN ACCESS – DIE BEREICHERUNG DURCH GEMEINGÜTER FOLGT EINEM EINFACHEN PRINZIP

Open Access wird in der Wissenschaft zunehmend Realität. Ein Meilenstein dieser Entwicklung war die Berliner Erklärung von 2004. Sie beschreibt die beiden Voraussetzungen, die Open-Access-Veröffentlichungen erfüllen müssen:

«1. Die Urheber und die Rechteinhaber solcher Veröffentlichungen gewähren allen Nutzern unwiderruflich das freie, weltweite Zugangsrecht [...] und erlauben ihnen, diese Veröffentlichungen in jedem beliebigen digitalen Medium und für jeden verantwortbaren Zweck zu kopieren, zu nutzen, zu verbreiten, zu übertragen und öffentlich wiederzugeben sowie Bearbeitungen davon zu erstellen und zu verbreiten, sofern die Urheberschaft korrekt angegeben wird. Weiterhin kann von diesen Beiträgen eine geringe Anzahl von Ausdrucken zum privaten Gebrauch angefertigt werden.

http://oa.mpg.de/openaccess-berlin/Berliner_Erklärung_dt_Version_07-2006.pdf

2. Eine vollständige Fassung der Veröffentlichung sowie aller ergänzenden Materialien, einschließlich einer Kopie der oben erläuterten Rechte, wird in einem geeigneten elektronischen Standardformat in mindestens einem Online-Archiv hinterlegt (und damit veröffentlicht), das geeignete technische Standards (wie die Open-Archive-Regeln) verwendet und das von einer wissenschaftlichen Einrichtung, einer wissenschaftlichen Gesellschaft, einer öffentlichen Institution oder einer anderen etablierten Organisation in dem Bestreben betrieben und gepflegt wird, den offenen Zugang, die uneingeschränkte Verbreitung, die Interoperabilität und die langfristige Archivierung zu ermöglichen.»

Das war und ist revolutionär. Die Wissensproduzenten, die in der Wissenschaft zugleich auch Nutzer sind, haben angesichts überzogener Preise für wissenschaftliche Zeitschriften zur Selbsthilfe gegriffen und der Welt des Publizierens neue Regeln und eine neue Realität gegeben. Durch Open Access wird ein Großteil des Wissens, das sich bislang die Verlagswirtschaft rechtmäßig über Verträge angeeignet hat, direkt in das Reservoir der Gemeingüter überführt.

Durch Open Access entstehen keine *res nullius*, sondern *res communes* (siehe S.8f.). Die Regelung ist klar und einfach: Die Stifter des publizierten Wissens, die Urheber, werden in ihren Persönlichkeitsrechten an den Werken nicht eingeschränkt. Aber jede und jeder darf Open-Access-Werke frei nutzen und weiterentwickeln.

Weiterer Sprengstoff entsteht dadurch, dass die Berliner Erklärung zu Open Access nicht auf wissenschaftliche Publikationen beschränkt ist, sondern alle kulturellen Inhalte einbezieht. Das bedeutet keineswegs, dass Kreative, die auf Einkommen aus ihren Werken angewiesen sind, alles freigeben sollen. Große Wissenschaftsorganisationen wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) haben zu Recht auf den Unterschied zwischen Werken hingewiesen, die in öffentlicher Umgebung oder mit öffentlicher Finanzierung entstanden sind, und Werken von freischaffenden Künstlern und Journalisten. Doch auch Letztere werden ausloten müssen, ob sie nicht besser fahren, wenn sie die Potenziale des Internet nutzen, statt weiterhin auf die im Regelfall geringen anteiligen Einnahmen aus den kommerziellen Verwertungsmodellen zu vertrauen.

Open Access ist ein Nutzen stiftendes Paradigma für die Gemeingüter in elektronischen Räumen. Es muss gestaltet werden.

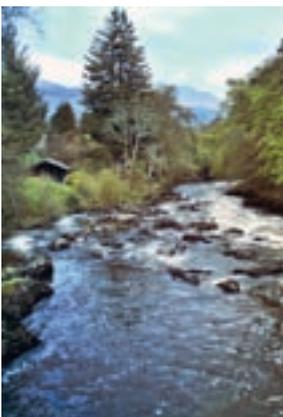
Zu den Persönlichkeitsrechten der Urheber gehören:

- ◆ das Recht auf Anerkennung/Nennung der Autorschaft
- ◆ das Recht zu entscheiden, ob, wann und wie veröffentlicht wird
- ◆ das Recht auf Schutz vor Entstellung des Werks

So überzeugend der Gedanke – um die konkrete Umsetzung muss gerungen werden: Wer kommt für die Kosten auf, die auch bei Open Access entstehen? Dürfen wissenschaftliche Institutionen ihre Autoren verpflichten, Werke, die mit öffentlichen Mitteln unterstützt wurden, parallel oder mit geringer Zeitverzögerung zur Publikation auf dem Markt in ein öffentliches «Repository» zu stellen? Soll es überhaupt noch kommerzielle Publikationen wissenschaftlicher Werke geben, deren Entstehung die Öffentlichkeit im Grunde erst ermöglicht hat?

Paradigmenwechsel sind schwierige Geburten. Aber die Idee des Open Access kann nicht mehr am Erwachsenwerden gehindert werden. Das Wissen der Welt wird in sehr überschaubarer Zeit frei verfügbar sein. Wissen wird zu dem, was es immer sein sollte: Gemeingut.

Open Access muss nicht ausschließen, dass die Gesellschaft auch die kommerzielle Verwertung dieses Wissens erlaubt. Nur würden jetzt nicht mehr kommerzielle Rechteinhaber der Gesellschaft Nutzungslizenzen erteilen, sondern umgekehrt – die Gesellschaft erteilt den kommerziellen Verwertern beschränkte Nutzungslizenzen. Freilich gebunden an das bewährte «riparian principle» aus dem Wasserrecht: Es muss immer noch genug für alle Anrainer verfügbar sein. In Fragen von Wissen, Software und Kultur sind wir alle «Anrainer».



«River Dochart»
FOTO: MACIEKLEW,
WIKIMEDIA COMMONS

DAS RIPARIAN-PRINZIP

Nach diesem Prinzip darf, wer Land besitzt, auf dem sich eine Wasserquelle oder ein anderes Wasserreservoir befindet, die Nutzungsrechte der anderen Anrainer nicht einschränken. Sollte nicht genug Wasser für alle verfügbar sein, werden die Nutzungsrechte in der Regel anteilig (je nach Landbesitz) aufgeteilt. Diese Wassernutzungsrechte können nicht allein, sondern nur in Verbindung mit dem dazugehörigen Land veräußert werden. Und Wasser darf nicht aus dem entsprechenden Wassereinzugsgebiet exportiert werden. Das Prinzip stammt aus dem englischen Commons Law. In Kanada, Australien und im Osten der USA ist es Teil der modernen Gesetzgebung.

Es ist an der Wirtschaft, das Paradox der Gemeingüter aufzulösen: Je freier und nachhaltiger sie bleiben, desto mehr kann damit auch wirtschaftlicher Gewinn erzielt werden. In der Geschichte sind institutionelle Übereinkünfte durchaus nicht unbekannt, den Gebrauch der Natur um des Gemeinwohl willens zu begrenzen: Vieh durfte nur nach bestimmten Regeln und Zyklen auf die Weide, Holzeinschlag wurde durch die Obrigkeit beschränkt, und am Oberlauf von Flüssen war Verschmutzung untersagt. Auch heute existieren solche Regeln, aber angesichts der Globalisierung sind sie ungleich umfassender und komplexer. Das Gemeinwohl verlangt, den Stoffwechsel zwischen Menschheit und Biosphäre so zu begrenzen und neu zu ordnen, dass weder die Naturökonomie heruntergewirtschaftet wird, noch soziale Konflikte sich verschärfen. Dabei geht es im Prinzip um drei Herausforderungen:

- ◆ die Entnahme von Rohstoffen auf einem erneuerbaren Niveau zu stabilisieren und Emissionen auf einem unschädlichen Niveau zu halten
- ◆ den Umfang der von Menschen genutzten Landfläche auf einem für die anderen Lebewesen zuträglichen Niveau zu belassen
- ◆ die Verhältnisse in einer Weise neu zu ordnen, dass nicht einzelne Bevölkerungsgruppen auf Kosten anderer leben

Um die Beziehungen der Menschen zur Natur zu regeln, gibt es bislang keinen einheitlichen Typus von Institutionen. Auch bei den politischen Institutionen hat die Natur – so wie andere Gemeingüter – keinen eigenen Fürsprecher.

Gemeingüter haben weder Sitz noch Stimme in den Gremien der Willensbildung und Entscheidung.

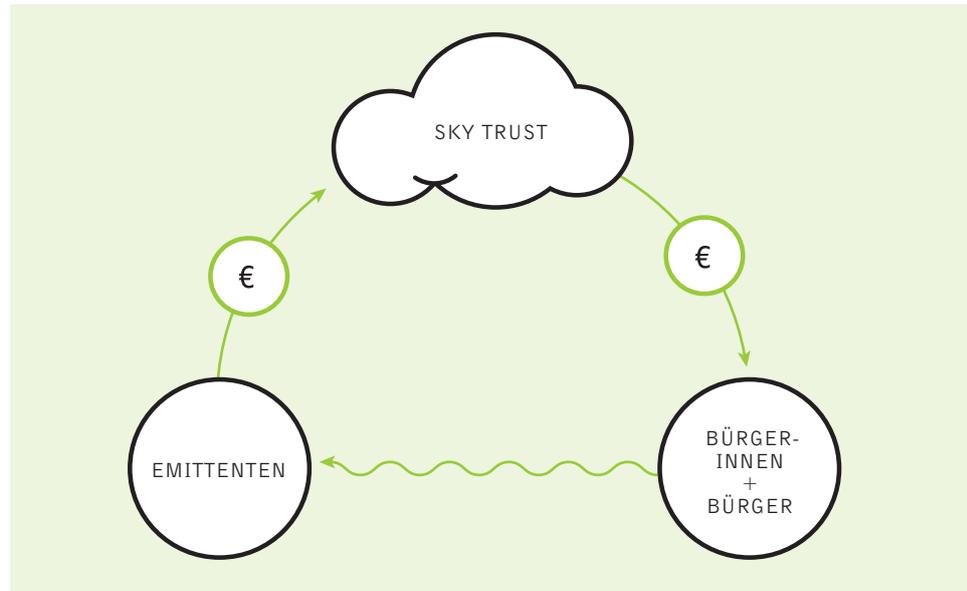
Gewiss, es gibt nationales und internationales Umweltrecht, doch geht dabei die Regelsetzung gewöhnlich aus dem oft ungleichen Kampf zwischen Interessengruppen hervor. Es dominieren kurzfristige Interessen der heutigen Generation. Daher ist nicht überraschend, dass der Schutz der Ökosysteme ein ums andere Mal das Nachsehen hat. Hier gewinnt das Nachdenken über einen neuen Typ unabhängiger Gemeingüter-Vertretungen an Gewicht.

Neue und innovative Institutionen für Gemeingüter sind notwendigerweise so divers wie die Gemeingüter selbst.

Der US-amerikanische Autor und Unternehmer Peter Barnes hat die Einrichtung von «commons trusts» vorgeschlagen, also von Treuhandorganisationen, denen die Sorge für das langfristige Wohlergehen der Gemeingüter aufgetragen ist. Diese Organisationen haben die Aufgabe, treuhänderisch für heutige und zukünftige Generationen Nutzungsgrenzen für natürliche Gemeingüter zu bestimmen, Nutzungslizenzen gegen Geld auszugeben und die Einnahmen den Bürgern, auch zukünftigen Generationen, als den kollektiven Besitzern zugute kommen zu lassen. Damit gewinnt das Gemeinschaftseigentum eine stärkere Rechtsposition. Es zu beanspruchen kostet einen Preis wie jegliche Beanspruchung fremder Leistung oder fremden Besitzes. Denkbar sind Treuhand-Institutionen für das Management von Fisch- oder Waldbeständen, von Boden, Saatgut, Grundwasser und Metallen, und für CO₂ und andere Schadstoffemissionen. Denkbar sind sie auch auf regionaler, nationaler und globaler Ebene. Mit Institutionen wie einer Meeres-Treuhand, einer Saatgut-Treuhand, einer Boden-Treuhand, einer Klima-Treuhand oder gar einer Reklame-Treuhand könnten Leitplanken für die Kapitalakkumulation eingezogen werden. Die Hegemonie des Kapitals über die Natur wäre gebrochen.

KLIMA-TREUHAND ODER DER HIMMEL IST FÜR ALLE DA

Dem Treuhand-Gedanken am nächsten kommt das Modell eines Sky-Trust, einer Klima-Treuhand. Der Grundgedanke dieses Vorschlages, der zunächst für die USA entwickelt wurde, erklärt alle Bürgerinnen und Bürger zu Miteigentümern der Atmosphäre, genauer: jenes Teils, der den USA zusteht, gemessen an ihrer Bevölkerung. Zunächst wird die Obergrenze der Belastung durch CO₂-Emissionen festgelegt. Das Recht der Nutzung wird in quantitativen Einheiten versteigert. Anteile kosten umso mehr, je stärker die Verschmutzungsrechte begrenzt werden müssen, und zwar solange die Atmosphäre durch immer mehr Menschen und immer höhere energetische Ansprüche belastet wird. Durch diese Emissionskosten steigen die Preise von Produkten und Dienstleistungen. Gleichzeitig entstehen hohe Erträge. Sie werden, nach Abzug des für den Erhalt des Gemeingutes erforderlichen Anteils, an alle Bürgerinnen und Bürger gleichmäßig verteilt.



Wer viel konsumiert, Auto fährt, fliegt, zahlt also mehr, als er erhält; wer mäßig konsumiert und Energie spart, bekommt zurück, was er mehr ausgeben musste, oder steht sogar besser da als bislang. Der Sky-Trust hat damit auch eine soziale Komponente. Arme und Geringverdienende erhalten einen Vorteil, weil sie wenig Energie verbrauchen. Luxus oder unbedachter Konsum dagegen wird erheblich belastet. So versucht das Modell des Sky-Trust ein Gemeingut zu schützen, indem es die Atmosphäre entlastet und zugleich die damit verbundenen Verteilungskonflikte ausgleicht.

Gemeingüter fallen nicht vom Himmel. Sie können immer wieder neu geschaffen und erweitert werden. Auf den folgenden Seiten werden neben der Klima-Treuhand weitere Ideen vorgestellt, deren Umsetzbarkeit vom Gestaltungswillen der Gesellschaft abhängt.

Über intelligente Steuerung der Gemeingüter kann man erst dann sinnvoll reden, wenn Gemeingüter als solche wahrgenommen und benannt werden. Doch mit Gemeingütern verhält es sich wie mit mangelnden Fremdsprachenkenntnissen: Wir werden uns ihrer erst bewusst, wenn wir spüren, wie sehr wir auf sie angewiesen sind, nämlich wenn unsere Ideen und Mittel versagen, unsere eigenen Gemeingüter durch das Ausweichen auf die Gemeingüter anderer Menschen durch Geld oder Macht zu ersetzen.

Lesetipp

Wuppertal Institut: *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt*, Frankfurt 2008, S. 285f.

Peter Barnes: *Kapitalismus 3.0 Ein Leitfaden zur Wiederaneignung der Gemeinschaftsgüter*, Hamburg 2008

REKLAME BRAUCHT GRENZEN

Werbung stört und zerstört. Sie produziert Lärm und Müll. Die «dunkle Seite des Überflusskapitalismus» (Peter Barnes) flutet unsere Briefkästen und unsere Vorstellungen. Dafür zahlen wir zunächst mit Aufmerksamkeit, sodann an der Kasse, während die Gesellschaft für die werbeverursachten Umwelt- und Sozialkosten aufkommt. «Noch keine Diktatur war so gut gelaunt wie diese», meint der Journalist Hanno Rauterberg. «Wir werden bestückt, beduftet, bespamt und beschallt, ein wahrer «Anschlag auf die Sinne.»

US-amerikanische Kinder haben bis zum Alter von fünf Jahren im Durchschnitt 100 000 Fernsehwerbeanzeigen gesehen. Jährlich landen 33 kg Werbewerksendungen in einem durchschnittlichen deutschen Briefkasten. Von dort wandert der größte Teil direkt in die Mülltonne. Die Herstellung der Werbesendungen verschlingt Jahr für Jahr 2,7 Millionen Bäume, 1,157 Millionen kWh Strom und 4,62 Milliarden Liter Wasser, ohne Nützliches für das Leben zu produzieren. Doch Werbung verbraucht nicht nur natürliche Ressourcen, sie gräbt sich auch in unsere mentalen Freiräume. In Zeitschriften kann sie übersehen werden, im Fernsehen weggezappt, deswegen ist inzwischen jeder nur denkbare öffentliche Ort zum Werbeträger mutiert. Gebäude, Plätze und ganze Landschaften dienen als Anzeigetafel. Kommunen und Institutionen aller Couleur verkaufen ihre symbolträchtigsten Orte an die Werbeindustrie – um klamme Kassen zu füllen oder Projekte zu finanzieren. Damit können Werbeeinnahmen zwar für gemeinnützige Zwecke verwendet werden, dem Anschlag auf die Sinne und der Kommerzialisierung des öffentlichen Raums entkommen wir aber nicht. Einzelne wehren sich mit Robisonlisten, Spam-Filtern, TV-Werbeblockern oder dem schlichten «keine Werbung bitte». Manche Länder verbieten Werbung während des Kinderprogramms. Die US-Bundesstaaten Arkansas und Maine diskutieren Gesetzesvorlagen zur Besteuerung von Werbemaßnahmen. Großstädte wie Moskau, Paris und São Paulo gehen mit Verboten gegen die «optische Verschmutzung» durch Großwerbetafeln vor.

Das ist gut so, denn unsere Aufmerksamkeit gehört uns. Um den Anreiz zur Vermüllung unserer Lebensräume und Mußestunden zu senken, soll derjenige zur Kasse gebeten werden, der sie zu Werbezwecken nutzen will. Je mehr Werbung, desto teurer für die werbenden Unternehmen.



«Unsere geistige Umwelt ist ein Gemeingut wie die Luft und das Wasser. Wir müssen sie vor missliebigem Zugriff schützen.»
KALLE LASN

«Billboard»
FOTO: FLICKR-NUTZER
SIMON SCOTT

Treuhänderische Organisationen könnten Obergrenzen für die zulässige «Gesamtstörmenge» festlegen und werbewilligen Unternehmen handelbare Werbegenehmigungen verkaufen. Unsere psychischen Kosten fänden so ihren direkten Niederschlag in den Bilanzen der Werbeagenturen. Die Idee ist einfach: Weniger Werbung – mehr Seelenfrieden – mehr Geld für werbefreie Sender und die Belebung werbefreier öffentlicher Räume.

Lesetipp

Hanno Rauterberg: *Werbung und Öffentlichkeit – Du kannst uns nicht entkommen!* DIE ZEIT, 47/2008

WALDKAFFEE – EINE KLEINE REVOLUTION

«Kaffas Wälder bluten!» Mesfin Tekele stammt aus dem Süden Äthiopiens, dort beherbergen mächtige Urwaldriesen noch immer ein artenreiches Paradies. Doch die Bilanz des Forstwirts ist bitter: Allein zwischen 1980 und 2000 seien 43 Prozent des grünen Bandes verschwunden. Seither habe sich die Zerstörung im Bonga Forest vermutlich eher noch beschleunigt, meinen Experten. Und dabei ist der Dschungel von Kaffa einer der letzten Äthiopiens: Noch in den 1970er Jahren lagen 40 Prozent des Landes unter einer dichten Vegetationsdecke – heute sind es noch rund zwei Prozent.

Sie sind nicht nur ihrer Schönheit und Mannigfaltigkeit wegen so kostbar; die Wälder sind auch eine existenzielle Ressource für alles Leben, alles Wirtschaften in der Region. Mehr noch: Über den ewigen Kreislauf aus Wasserspeicherung und Verdunstung kühlen sie das lokale Klima. Sie speisen die fruchtbaren Äcker des südwestlichen Hochlandes mit Feuchtigkeit und nähren aus den Mooren und Feuchtgebieten in ihrer Tiefe den Gojeb-Fluss, der in die afrikanische Lebensader Omo mündet. Ganz zu schweigen davon, wie viel Kohlenstoff die üppige Pflanzenwelt und der Waldboden binden.

Diese Wildnis zu erhalten, ist eine Überlebensfrage, nicht nur für die indigenen Völker und Bauern, die in und von ihr leben. Sie ist ein lokales wie globales Gemeingut, für das auch die Weltgemeinschaft Verantwortung trägt.

Kaffas Bäume fallen, weil Unternehmer Platz für Plantagen freimachen wollen. Sie werden aber auch gerodet, weil Familien wachsen oder zuwandern und Ackerland brauchen. Wer wollte ihnen ihren Überlebenswillen vorwerfen? Dabei wird mit dem Wald zugleich eine unmittelbar wichtige Lebensquelle für die Menschen in der Region zerstört. Sie essen seine Früchte, sie nutzen Heilkräuter, Honig und Holz.

Die Frage in Kaffa – wie im Kongo, in Indonesien oder im Amazonas – lautet: Wie kann man allen gerecht werden; Menschen, Menschheit und Wald?

Weil sich die Natur, die Kulturen und rechtlichen Bedingungen überall unterscheiden, können die Lösungen nur vielfältig sein.



Im Kaffa-Forest von Bonga haben «Geo schützt den Regenwald» und ein kleines Unternehmen namens «Original Food» begonnen, den Bauern den doppelten Preis für ein einzigartiges Produkt zu bezahlen: Waldkaffee. Denn Kaffa ist die Ursprungsregion der edlen Bohne, hier im Wald wächst er wild und in immenser Artenvielfalt. An der Abnahme der gesammelten Jahresernte zu einem festen Satz können die Farmer nicht nur besser verdienen, sie entwickeln zugleich ein größeres Interesse am Waldschutz. Denn nun wird der Dschungel nicht mehr durch Raubbau zur Einkommensquelle, sondern durch möglichst langfristige Nutzung. Es generiert ein Einkommen, das in der abgelegenen Kaffa-Region mittlerweile 6600 Kleinbauern mit ihren meist sehr großen Familien ein Auskommen ermöglicht. Um die Vermarktung des Kaffees auch langfristig tragbar zu gestalten, haben sich Waldbewohner und Dorfgemeinschaften zu Waldnutzer-Organisationen zusammengeschlossen. Sie stecken, oft unter Anleitung internationaler Organisationen, ein Gebiet ab und legen gemeinsam Rechte und Regeln und einen Managementplan fest. «Participatory forest management» ist ein klassisches Gemeingut-Verfahren.

Entscheidungsprozesse und Sanktionen bei Konflikten müssen von den Betroffenen selbst bestimmt werden – das ist vielerorts eine kleine Revolution. In Kaffa ist den Bauern diese kleine Revolution bisher gelungen.

Wildkaffee ist eine wichtige Einkommensquelle in Kaffa, Äthiopien
FOTOS: NABU/S. BENDER-KAPHENGST

ENERGIE IN UNSERE HÄNDE

Als sich die Hamburger Grünen (GAL) nach der Landtagswahl Anfang 2008 entschieden, mit der CDU die Regierung zu bilden, versicherten sie ihrer Basis: Mit uns wird es kein neues Steinkohlekraftwerk geben! Doch wenige Monate später war klar: Die Rechtslage ließ nur die Genehmigung zu, das Wahlversprechen musste gebrochen werden. Die Umweltsenatorin Anja Hajduk und ihre Mitarbeiter nahmen die Niederlage als Ansporn: Sie beschlossen, ein eigenes Energieversorgungsunternehmen zu gründen und zum privaten Energielieferanten Vattenfall in Konkurrenz zu treten. So werden die Verhältnisse wieder vom Kopf auf die Füße gestellt. Unter dem Dach des Betriebs Hamburg Wasser, der in kommunalem Besitz ist, sollen diese neuen Stadtwerke ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energien anbieten. Wenn die Bürger emsig Ökostrom nachfragen, kann der Kohlestrom potenziell an den Rand des Marktes gedrängt werden. Die Initiatoren waren sich der Sympathien der Bürger gewiss, denn innerhalb von drei Jahren hatte eine unmissverständliche Mehrheit per Plebiszit Veto gegen Privatisierungen eines Krankenhauses, der Hamburger Wasserwerke und eines Teils der beruflichen Bildung eingelegt.



Bioenergiedorf Jühnde
WWW.BIOENERGIEDORF.DE

Nicht nur in der Hansestadt erleben öffentliche Versorgungsunternehmen eine Renaissance. Der Impuls kommt aus der Gesellschaft: Koalitionen aus Bürgern, Organisationen und oft auch Oppositionsparteien zogen immer wieder gegen die Absicht ihrer Stadtregierungen zu Felde, kommunales Eigentum um kurzfristiger Vorteile willen zu verkaufen. Fast 90 Prozent der Stimmberechtigten verhinderten bei einem Bürgerbegehren in Leipzig, dass Teile der Stadtwerke an den französischen Konzern Gaz de France verkauft wurden. Auch in Quedlinburg, Meißen, Freiburg und zahlreichen bayerischen Gemeinden wurden städtische Wohnungen, Sparkassen oder Stadtwerke verteidigt.

Die breite Unterstützung für die Rekommunalisierung der Energieerzeugung oder gar die Übernahme derselben in Bürgerhand, wie im niedersächsischen Bioenergiedorf Jühnde, im baden-württembergischen Suttgart oder bei den Freiburger Genossenschaftlern von «Energie in Bürgerhand» zeigen: Viele Menschen wollen mehr als eine öffentliche Verwaltung ihrer Energieproduktion. Sie wollen Prioritäten und Preisgestaltung mitbestimmen.

Mit einem überzeugenden Energiesparkonzept, effizienter Kraft-Wärme-Kopplung und der Umstellung auf lokal verfügbare erneuerbare Energien kann die Energieproduktion heute an jene Gemeinschaften rückgebunden werden, die Strom und Wärme verbrauchen. Radikal dezentral.

Wenn Energie wieder zum Gemeingut wird, dann bedeutet das: weniger Abhängigkeit von den Energiegiganten und mehr Möglichkeiten, nachhaltig zu wirtschaften.

Lesetipps John Byrne et al: *Relocation energy into the social commons*.
Bulletin of Science, Technology & Society, Volume 29, Number 2, April 2009, S. 81–94.
www.energie-in-buergerhand.de
www.bioenergiedorf.de

KOMMUNIKATION SELBSTORGANISIERT

Der Zugang zum Telefonnetz oder Internet gelingt normalerweise so: Man schließt einen Vertrag mit einer Telefongesellschaft oder einem Provider und bekommt Zugang gewährt. Früher gab es nur einen Anbieter, die staatliche Bundespost. Heute gibt es eine Handvoll großer und allerhand kleinere Konkurrenten. Viel geändert hat sich dadurch nicht – der Nutzer ist lediglich Kunde.

Inzwischen hat die Technik Alternativen eröffnet. WLAN stellt schnelle drahtlose Verbindungen zwischen Computern her. Die Technik ist aus keinem Laptop mehr wegzudenken. WLAN-Router, die Funksignale an die Computer in ihrer Umgebung übertragen können, sind günstig zu haben. Mit der Verbreitung von WLAN entstanden schon bald freie Funknetze: Netze von Menschen, die ihren WLAN-Router nicht nur dazu benutzen, kabellos im eigenen Garten zu surfen, sondern auch dazu, allen in ihrer Umgebung freien Zugang zum Internet zu gewähren.

Freie Funknetze ermöglichen zudem direkte Kommunikation zwischen allen beteiligten Rechnern. So können auch dort Kommunikationsstrukturen aufgebaut werden, wo gar kein Internetzugang existiert – z. B. in ländlichen Gebieten von Entwicklungsländern. Die «100-Dollar-Laptops» des «One Laptop Per Child»-Projekts, das möglichst vielen Kindern einen Laptop als Lern- und Kommunikationswerkzeug zur Verfügung stellen will, sind dadurch in der Lage, sich mit allen Rechnern in Funkreichweite zu einem spontanen Netzwerk zusammenzuschließen. Jeder weitere Rechner vergrößert die Reichweite des Netzwerks, da alle Computer, die per Funk erreichbar sind, wiederum Teil des Netzwerks werden können. Wo herkömmliche Kommunikationskanäle fehlen oder zu teuer sind, ist das eine attraktive Alternative. Das Netzwerk nutzt allen, und alle tragen ihren Teil dazu bei.

Noch beliebter als E-Mail und andere computerbasierte Medien ist das gute alte Telefon – aber auch dafür muss die nötige Infrastruktur vorhanden sein. Das Village Telco Project und das Free Telephony Project arbeiten gemeinsam daran, freie Hardware und Software für den kostengünstigen Betrieb lokaler Telefonnetze zu entwickeln. Die Idee ist, gerade Menschen in Entwicklungsländern, die von kommerziellen Kommunikationsmedien oft ausgeschlossen sind, Alternativen zu erschließen. Überall arbeiten Menschen an diesen und anderen Ideen. Die Ergebnisse ihrer Arbeit – freie Software und Baupläne für freie Hardware – teilen sie mit uns allen.

Links

Zum Thema Freifunk: <http://start.freifunk.net>

One Laptop Per Child: www.olpc-deutschland.de

Village Telco: www.villagetelco.org

Free Telephony Project: www.rowetel.com/ucasterisk

D4T – EIN AIDSMEDIKAMENT AUS ÖFFENTLICHEN LABORS

Der Wirkstoff d4T wurde in den 1960er Jahren am Detroit Institute of Cancer Research (USA) auf der Suche nach einem Krebsmedikament entwickelt. Als in den 1980er Jahren Aids ausbrach, begann die fieberhafte Suche nach geeigneten Medikamenten zur Therapie der HIV-Infektion. An der Yale Universität besann man sich des d4T und führte mit Finanzierung der US National Institutes of Health weitere Untersuchungen durch. 1986 meldete die Yale Universität d4T zur Aids-Behandlung zum Patent an. Für die weitere Produktentwicklung erhielt das Pharmaunternehmen Bristol-Myers Squibb (BMS) eine Exklusivlizenz und brachte das Medikament schließlich 1994 als «Zerit» auf den Markt. Die Universität erhielt als Patentinhaber eine Gewinnbeteiligung.

Bald wurde deutlich, dass Aids vor allem für das südliche Afrika zu einer Katastrophe ungeahnten Ausmaßes wurde. Die Kosten für Medikamente waren jedoch so hoch, dass die Hilfsorganisationen sie kaum tragen konnten, geschweige denn die Betroffenen selbst. Deshalb fragte die Organisation Ärzte ohne Grenzen (MSF) im Februar 2001 bei der Universität an, ob man bereit sei, eine freiwillige Lizenz auf d4T zu



FOTO: FLICKR-NUTZER SUTTONHOO



FOTO: WIKIMEDIA COMMONS-NUTZER PÖLLÖ

vergeben, um Herstellung und Import günstiger Generika nach Südafrika zu ermöglichen. Die Universitätsleitung verwies auf die vertragliche Bindung an die Exklusivlizenz für BMS und lehnte ab. Diese Reaktion führte zu Unmut an der Universität. Studierende und Wissenschaftler empörten sich, wie – aus kommerziellen Gründen – ein lebensrettendes Medikament im Besitz der Universität den Bedürftigen vorenthalten werden könne. Es gab Unterschriftenaktionen, Presseberichte und öffentliche Debatten. Im Juni 2001 lenkte der Lizenznehmer BMS ein und unterschrieb einen Verzicht auf seine exklusiven Rechte in Afrika. Dies war ein wichtiger Beitrag für die enorme Preissenkung der Aidstherapie.

Quelle: BUKO Pharma-Kampagne, med4all: Medizinische Forschung – der Allgemeinheit verpflichtet, Nr.1/2009 S. 8/9, gekürzt

FREIE LIZENZEN UND DAS COPYLEFT-PRINZIP

Wer proprietäre Software an Freunde oder Bekannte weitergibt, macht sich strafbar. Denn wer das tut, hat eine Kopie erzeugt, und das Erzeugen von Kopien ist laut Urheberrecht verboten. Die Software in irgendeiner Weise zu verändern, ist auch nicht möglich; dafür bräuchte man den Quelltext, die Version des Programmcodes, die nicht nur Maschinen, sondern auch Menschen verstehen. Aber der Quelltext wird normalerweise nicht mitgeliefert. Doch selbst wem es gelänge, die Software zu verändern, der dürfte die verbesserte Version nur persönlich nutzen – sie an andere weiterzugeben, ist schließlich verboten.

Richard Stallman, ein «Hacker» (also ein begnadeter Programmierer) der ersten Stunde, leuchtete das nicht ein. Er wollte den Nutzern seiner Software die genannten Möglichkeiten einräumen, und er selbst wollte nur Software verwenden, die ihm und anderen diese Möglichkeiten gibt. Stallman prägte den Begriff «Freie Software» für Software, die all ihren Nutzern folgende Freiheiten gewährt:

- ◆ **Freiheit 0** Die Freiheit, das Programm für jeden Zweck einsetzen zu dürfen. (Informatiker haben die seltsame Gewohnheit, von 0 statt von 1 beginnend zu zählen.)
- ◆ **Freiheit 1** Die Freiheit, untersuchen zu dürfen, wie das Programm funktioniert, und es den eigenen Bedürfnissen anzupassen.
- ◆ **Freiheit 2** Die Freiheit, das Programm an andere weiterzugeben und Kopien für andere machen zu dürfen.
- ◆ **Freiheit 3** Die Freiheit, das Programm verbessern zu dürfen und diese Verbesserungen zum allgemeinen Wohl zugänglich zu machen.

Freiheiten 1 und 3 setzen dabei den Zugang zum Quellcode voraus. Und Freiheiten 2 und 3 sieht das Urheberrecht nicht vor, sofern man nicht die explizite Zustimmung des Urhebers (Autors) der Software eingeholt hat. Stallman schrieb daher eine Lizenz, die er den von ihm geschriebenen Programmen beilegt und die allen Nutzern die vier genannten Freiheiten einräumt. Wir müssen also nicht mehr die Erlaubnis des Urhebers einholen, wir haben sie schon.

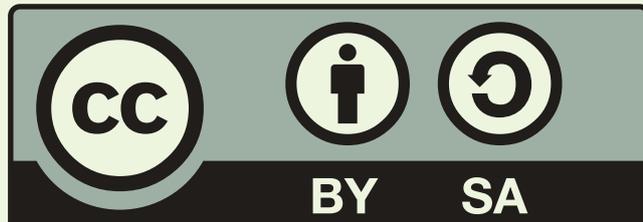
Doch Stallman erkannte schnell, dass die vier Freiheiten nicht ausreichen, denn jeder, der ein Programm verändert oder erweitert und in dieser erweiterten Form weitergibt, wird zum Mitautor der Software. Somit müssten die Nutzer nun auch dessen Erlaubnis einholen, um die veränderte Fassung bearbeiten und weitergeben zu können. Hätte der neue Autor die Erlaubnis verweigert, wäre es um die Freiheit der Nutzer erneut schlecht bestellt. Um sicherzustellen, dass alle Versionen, die auf seiner Software basierten, frei blieben, nahm Stallman in seine Lizenz – die *GNU General Public License* (kurz GPL) – ein Prinzip auf, das er «Copyleft» nannte. Das Copyleft dreht die ursprüngliche Intention des Copyrights (bzw. des Urheberrechts) um. Während das Urheberrecht normalerweise die Autoren zu nichts verpflichtet und den Nutzern fast nichts erlaubt, macht das Copyleft das Gegenteil: Es erlaubt den Nutzern sehr viel, indem es ihnen die genannten vier Freiheiten gewährt, und verpflichtet alle künftigen Autoren, den Nutzern ihrer eigenen verbesserten Versionen dieselben Rechte einzuräumen, wie jene, die sie selbst genossen haben.



Die Autoren erhalten also die Freiheit, das Programm zu verändern und diese Veränderungen zu veröffentlichen (Freiheit 3) nur unter der Bedingung, dass sie die veränderte Fassung ebenfalls unter GPL veröffentlichen und gleichzeitig den Nutzern den Zugang zum Quellcode ermöglichen, denn ohne Quellcode ist ein Verändern des Programms nicht möglich.

Die Freiheit der unter GPL veröffentlichten Software ist damit für alle Zeiten und für alle Weiterentwicklungen gesichert.

Creative Commons
«Attribution Share Alike»



Diese Idee der Umkehrung der Intentionen des Copyrights (das Basis aller freien Lizenzen ist) zum Copyleft war sehr erfolgreich. Die GPL ist heute die am meisten genutzte Lizenz für Freie Software. Sie wird für etwa zwei Drittel aller Freien Softwareprogramme genutzt.

Was für Software funktioniert, kann auch für andere Werke wie Texte, Bilder, Musik sinnvoll sein – das war die Idee des *Creative-Commons-Projekts* (kurz CC), das für solche Werke eine ganze Familie von Lizenzen entworfen hat, aus denen sich jeder Autor diejenige aussuchen kann, die seinen Bedürfnissen am besten entspricht. Dabei muss man sich entscheiden, ob einem das Copyleft-Prinzip, hier «Share Alike» genannt, wichtig ist oder nicht und ob man kommerzielle Nutzungen erlauben oder verbieten will. Es gibt zudem die Option, Veränderungen des Werks ganz zu untersagen. Daher gewähren nicht alle CC-Lizenzen die vier Freiheiten in vollem Umfang und für beliebige Zwecke; zumindest die nichtkommerzielle Weitergabe ist aber immer erlaubt. Das ist die richtige Richtung.

Lesetipps

Wikipedia-Artikel zu Copyleft, Creative Commons, Freie Software, GNU General Public License, Richard Stallman
GNU-Projekt: Die Definition Freier Software:
www.gnu.org/philosophy/free-sw.de.html

GRUNDZÜGE EINER GEMEINEN PEER-PRODUKTION

Was heute noch als Schwäche der Gemeingüter erscheinen mag, könnte sich in nicht allzu ferner Zukunft als ihre Stärke erweisen: Geld spielt eine nachgeordnete Rolle. Was Gemeingüter auszeichnet, ist die Zusammenarbeit zum Gedeih des geteilten Besitzes, nicht Konkurrenz um der individuellen Bereicherung willen. Gewöhnlich sind monetäre Anreize höchstens am Rande wichtig, wichtiger sind Motive wie gemeinsamer Nutzen, Kompetenzerfahrung, Geselligkeit oder Reputation. Die Sphäre der Gemeingüter ist in diesem Sinne ein waren-freier Raum.

Es handelt sich um eine Ökonomie des Teilens und der Beteiligung, nicht der Akkumulation und Ausgrenzung.

Ohne eine solche Ökonomie des Teilens ist eine wachstumsbefriedete Wirtschaft undenkbar. Denn Leistungen, die aus Gemeinsinn, Interesse an der Sache oder Solidarität erbracht werden, schaffen die Möglichkeit, Bedürfnisse mit einem geringeren Geldeinsatz verwirklichen zu können. So wie das Werk der Wikipedia unerschwinglich würde, wenn allen Beiträgern ein Honorar bezahlt werden müsste, so erbringen auch ein Dutzend ältere Menschen in einem Co-Housing-Projekt untereinander Sorgeleistungen, welche die öffentliche Pflegefinanzierung überfordern würden. Mit anderen Worten: Was in die Gemeingütersphäre eingebracht wird – vielerorts als Sozialkapital bezeichnet –, ist genau besehen «geldeffizient». Per Einheit an Leistung ist weniger Aufwand an Geldkapital erforderlich. Genau dies ist zentral für ein Wirtschaftssystem, das ohne Wirtschaftswachstum auskommen muss, aber dennoch funktionieren soll.

Weil Geldeffizienz in diesem Sinne als Säule für eine Postwachstumsökonomie gelten kann, ist eine Neuerfindung der Gemeingüter Voraussetzung für eine zukunftsfähige Wirtschaftsordnung im 21. Jahrhundert.

Zweifellos ist es höchst fahrlässig, weiterhin auf ein steigendes Volkseinkommen zu setzen. Das Gegenteil zu tun, nämlich auf wirtschaftliche Stabilität und Konsumbeschränkung zu setzen, hat mehr Vernunft für sich. Die Gründe dafür sind ausreichend bekannt: Klimachaos, schwindende Öl- und Gasreserven, wachsende Schuldenberge und verstärkte Ressourcenansprüche an verschiedenen Orten der Welt. Es genügt, darauf hinzuweisen, dass es bald – vielerorts schon jetzt – nicht mehr um Wachstum, sondern um zivilisiertes Überleben geht. Darauf sind weder die ökonomische Praxis noch die ökonomische Theorie vorbereitet. Sie stehen ratlos vor der Frage, wie die Lebensumstände verbessert werden könnten, auch wenn der Kuchen nicht mehr wächst. Um Wirtschaftsformen nach vorne zu bringen, die ein gedeihliches bzw. auskömmliches Wirtschaften ermöglichen, ist die Stabilisierung einer vielfältigen Architektur der Gemeingüter elementar.

Als erster erkannte wohl der US-amerikanische Ökonom Yochai Benkler, dass eine Produktions- und Wirtschaftsweise, die auf Gemeingütern aufbaut, sich von herkömmlichen Vorstellungen von Produktion beträchtlich unterscheidet. Benkler prägte den Begriff «commons-based peer production», den man auf Deutsch etwa mit «Gemeine Peer-Produktion» wiedergeben kann.

Eine Gemeine Peer-Produktion findet im Gegensatz zur Produktion für den Markt nicht für den Verkauf, sondern für die direkte Nutzung statt. Peer-Projekte haben ein gemeinsames Ziel – Software herstellen, Musik machen, einen Garten pflegen –, und alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer tragen auf die eine oder andere Weise etwas zu diesem Ziel bei. Und zwar meistens nicht, um Geld zu verdienen, sondern weil sie die Ziele des Projekts teilen und wollen, dass es erfolgreich ist – oder einfach weil sie gern tun, was sie tun. Eine solche Gemeine Peer-Produktion erzeugt neue Gemeingüter oder pflegt und verbessert die vorhandenen. Hierarchische Befehlsstrukturen sind diesen Peer-Projekten weitgehend fremd. Das heißt keineswegs, dass sie unstrukturiert wären (oft gibt es etwa Maintainer oder Administratoren, die ein Projekt auf Kurs halten und entscheiden, ob Beiträge integriert oder zurückgewiesen werden), aber niemand kann anderen befehlen, was zu tun ist. Der Umgang mit diesen Gütern ist nicht regellos. Die Regeln

entstehen aus dem Konsens der «Peers». In dieser Gemeingüterwirtschaft durch Gleichgestellte gibt es keinen Zwang und keine Befehle. Es besteht freiwillige Kooperation zwischen Gleichberechtigten. Jeder wird aus eigenem Antrieb initiativ. Maintainer können nur die Beteiligten davon überzeugen, dass eine bestimmte Aktivität sinnvoll ist. Dies führt zu einem Maximum an Freiheit für alle Beteiligten.

Yochai Benkler
FOTO: FLICKR-NUTZER JOI



Eine Gemeine Peer-Produktion findet immer im Rahmen von «communities», also Gemeinschaften, statt, in denen sich Menschen mit gemeinsamen Interessen oder nur aufgrund von Nachbarschaft zusammenfinden. Wie das Beispiel Linux zeigt, können diese Räume und Gemeinschaften durchaus auch global gefasst sein. Die virtuellen Welten machen möglich, dass neue, territorial unabhängige Formen von Gemeinschaft entstehen.

In offenen, niemals abgeschlossenen Prozessen entwickeln die Gemeinschaften die Regeln, Organisations- und Institutionalierungsformen, die der Erreichung ihrer Ziele am besten entsprechen.

Ein Beispiel dafür, wie innovativ und produktiv eine solche Gemeingüterwirtschaft sein kann, liefert die Dynamik der Internetinnovation nach dem Dot-Com-Crash im März 2000. Damals wurde das vorläufige Ende der technologischen Entwicklung im Netz vorausgesagt, denn mit dem Crash ging das Kapital verloren. Auf den nächsten Innovationsschub müsse man lange warten, so die Voraussagen der Experten der Marktwirtschaft. Doch das ist nicht passiert. Stattdessen entstanden in rasantem Tempo die Innovationen des Web 2.0. In dem Moment, als die finanziellen Mittel knapp wurden, hat sich die Entwicklung des Internets nicht verlangsamt, sondern beschleunigt. Das ist nicht paradox, sondern bestätigt das Innovationspotenzial der Gemeingüter und gemeinsamer Formen der Peer-Produktion.

In den 1970er Jahren gab es in Kalifornien einen aufstrebenden Sektor für erneuerbare Energien. Doch «Start-ups», die sich in diesem Bereich engagierten, wurden aufgekauft, als ineffizient definiert und klassischen Betriebsstrukturen einverleibt. Das brachte Investitionen und Innovationen für erneuerbare Energien oder alternative Antriebsformen im Automobilsektor zum Erliegen. Der Grund ist einfach: Materielle Produktion basiert vor allem auf Wissen, Konzepten, Ideen und Designs. Wer sich diese aneignet und wegschließt, sichert sich Macht.

Den dringend benötigten Innovationsschub für erneuerbare Energien hat es vor 30 Jahren nicht gegeben, weil die Designs proprietär waren; nur die «Eigentümer» konnten sie nutzen. Das Ergebnis ist eine Katastrophe fürs Klima und eine Katastrophe für die Menschheit.

Wer Ökologie und Ökonomie verbinden will, braucht offene Designs. Mobilität, Energieversorgung, Kommunikation und Gebrauchsgüter von morgen brauchen offenen Zugang zu den Bauplänen.

Zwar hat sich die Gemeine Peer-Produktion vor allem in der Wissens- und Softwareproduktion entwickelt, doch ihre Prinzipien sind auch auf die Herstellung materieller Güter übertragbar. Das bedeutet:

- ◆ Wissen und natürliche Ressourcen sind Gemeingüter, die grundsätzlich allen zustehen. Zu ihrer Nutzung gibt es Regeln, die Fairness gewährleisten.
- ◆ Die Produktion physikalischer Güter basiert auf freien Designs (Bauplänen), die jeder weiterentwickeln und den eigenen Bedürfnissen anpassen kann.
- ◆ Die physische Produktion ist dezentral organisiert, sie findet zumeist ortsnah statt.
- ◆ Die Produktion ist nutzen- und nutzerorientiert: Es wird produziert für das Leben!
- ◆ Das Engagement der Beteiligten erfolgt – wie bei Freier Software – per «Selbstauswahl»: man sucht sich aus, wie und wo man sich beteiligen möchte. Dies erfordert ein hohes Maß an Abstimmung, bringt aber auch mehr Zufriedenheit.
- ◆ Peer-Produktion basiert auf Einschluss, nicht auf Ausschluss. Zwar gibt es Regeln, die sich die Gemeinschaften selber geben und an die sich jeder halten muss, aber die Einstiegshürden sind gering. Beteiligung wird leicht gemacht.

«Das Problem zu erkennen ist nicht so schwer. Wir leben in einer Gesellschaft, die offenbar davon ausgeht, Natur sei im Überfluss da. So produzieren wir, und so entsorgen wir. Aber das ist ein Pseudo-Überfluss, es gibt ihn nicht. Während in der immateriellen Welt tatsächlich Überfluss herrscht, doch der wird künstlich eingezäunt.»

MICHEL BAUWENS

Das Prinzip ist: Ich tue etwas für die anderen, und die anderen tun etwas für mich.

Während in der Marktwirtschaft die Gemeingüter – obwohl lebenswichtig – nahezu unsichtbar geworden sind, sollte sich das Verhältnis in einer Gemeingüterwirtschaft umkehren: Märkte, wie sie heute in der Warenwirtschaft organisiert sind, spielen künftig eine geringere Rolle, während die Gemeingüter, die Commons, und die offenen Gemeinschaften der Commons im Mittelpunkt des Lebens stehen. Dafür muss ein neues Verständnis von Markt und ein neues Verständnis von Wirtschaften entwickelt werden, bei dem Gemeingüter nicht in erster Linie Gegenstand privater Aneignung sind, sondern zum Vorteil aller genutzt, bewahrt und weiterentwickelt werden.

Lesetipps

Yochai Benkler: *The Wealth of Networks*.
Yale University Press, New Haven 2006.
http://cyber.law.harvard.edu/wealth_of_networks

Christian Siefkes: *Beitragen statt tauschen*
AG SPAK Bücher, Neu-Ulm 2008.
www.peerconomy.org

ZUM SCHLUSS: EINE VISION

«Konservative erfreut das Bewahrende und Gemeinschaftliche an den Commons, Liberale erfreut die Staatsferne und die nicht völlige Marktinkompatibilität, Anarchisten die Selbstorganisation, Sozialisten und Kommunisten der gemeinsam kontrollierte Besitz.»

BENNI BÄRMANN

Wir brauchen Veränderung, und wir kennen die Richtung. Viele Menschen sind bereits unterwegs.

Dieser Report zeigt: Die Idee der Gemeingüter kann die unterschiedlichen Bewegungen zusammenbringen. Das ist ihre Stärke.

Sie erlaubt, die Vielfalt der praktischen Ansätze und Projekte zu einer gemeinsamen Strategie zu bündeln, ohne auf weltanschauliche Vielfalt zu verzichten.

1.

Wir können unsere Energien, Institutionen und Talente direkt auf die Gemeingüter und deren Kern richten: die Vielfalt des Lebens.

2.

Wir können jedes Projekt, jede Idee und jede wirtschaftliche Aktivität darauf befragen, ob sie mehr für die Gemeinschaften, die Gesellschaft und die Umwelt tut, als sie ihnen nimmt.

3.

Wir können die Vorzeichen umkehren: indem wir uns Grenzen setzen und natürliche Ressourcen nachhaltig nutzen, aber mit Ideen verschwenderisch umgehen. So kommt beides zu uns zurück.

4.

Wir können intelligente Wege finden, das Vorankommen aller zu fördern, statt uns nur auf das individuelle Vorankommen zu konzentrieren.

5.

Wir können primär jene Handlungen anerkennen und materiell fördern, die allgemein Verfügbares generieren, pflegen und vermehren.

6.

Wir können die multiple und faire Teilhabe an den Gaben dieser Erde und den gemeinschaftlichen Leistungen von Vergangenheit und Gegenwart zum institutionalisierten Normalfall werden lassen.

7.

Wir können transparente, partizipative und freie Entscheidungsverfahren, Kommunikationsformen und Technologien anwenden und für alle verbessern.

LINKS

DEUTSCHSPRACHIG

[Aufruf des Weltsozialforums zur Wiedergewinnung der Gemeingüter](#)

Fünfsprachige Internetseite, die im Ergebnis des 9. Weltsozialforums vom Januar 2009 in Bélem do Para (Brasilien) entstand. Der Aufruf ist eine Einladung zur Debatte und Unterzeichnung.

<http://bienscommuns.org>

[Commonsblog](#)

Fundsachen von der Allmendewiese – weltweit!

www.commonsblog.de

[Creative Commons](#)

Entwickelt Musterlizenzverträge, mit deren Hilfe Urheber/innen ihren Schöpfungen auch Freiheiten mitgeben können: «Manche Rechte vorbehalten» statt «Alle Rechte vorbehalten».

<http://de.creativecommons.org/index.php>

[GNU](#)

Das GNU-Projekt wurde 1984 aus der Taufe gehoben, um ein komplettes, unix-artiges Betriebssystem zu entwickeln, das Freie Software ist. Es basiert auf dem Linux-Kernel.

www.gnu.org/home.de.html

[iRights.info](#)

Sind Privatkopierer Verbrecher? Macht sich strafbar, wer eine CD oder DVD kopiert? Das Informationsangebot zum Urheberrecht in der digitalen Welt hilft bei der Orientierung.

www.irights.info/index.php?id=58

[Keimform.de](#)

Auf der Suche nach dem Neuen im Alten: kollektives Blog zu emanzipatorischen Projekten, Themen, Theorien, ausführliche Diskussionen zu Gemeingüterwirtschaft.

www.keimform.de

[Max Planck Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern](#)

[www.mpg.de/instituteProjekteEinrichtungen/
institutsauswahl/recht_gemeinschaftsgueter/index.html](http://www.mpg.de/instituteProjekteEinrichtungen/institutsauswahl/recht_gemeinschaftsgueter/index.html)

LINKS

ENGLISCHSPRACHIG

[Center for Genetics and Society](#)

Nichtregierungsorganisation, die sich dem verantwortlichen Umgang mit dem humangenetischen Erbe widmet.

<http://geneticsandsociety.org>

[Barcelona Charter for Innovation, Creativity and Access to Knowledge](#)

Statement zahlreicher internationaler «commoners» gegen eine rückwärtsgewandte Netzpolitik und für eine gemeingüterbasierte Kulturpolitik.

<http://fcforum.net>

[ETC Group](#)

Nichtregierungsorganisation, Kanada, Mexiko und Großbritannien. Forschung, Vernetzung, Lobbyarbeit zu Menschenrechten, nachhaltige Entwicklung der kulturellen und biologischen Diversität. Kritische Beobachtung neuer Technologien.

www.etcgroup.org/en

[Free Software Foundation Europe](#)

Stiftung zur Förderung von Freier Software in Europa.

www.fsfeurope.org

[IASC](#)

International Association for the Study of the Commons.

www.indiana.edu/~iascp

[International Journal on the Commons](#)

Wissenschaftsjournal für ein besseres Verständnis der Commons und deren Management. Eine Initiative der IASC. Alle Artikel online verfügbar.

www.thecommonsjournal.org/index.php/ijc

[Knowledge Ecology International \(KEI\)](#)

Nichtregierungsorganisation, USA; Forschung, Öffentlichkeitsarbeit und Monitoring bzgl. Zugang zu Wissen und Technologie in der Medizin.

www.keionline.org

[On the Commons](#)

Facettenreiches, interdisziplinäres Blog rund um die Gemeingüter in Politik, Wirtschaft und Alltag.

www.onthecommons.org

[P2P Foundation](#)

Website zu Peer-to-Peer-Technologie, Peer-to-Peer-Produktion und der Peer-to-Peer-Gesellschaft.

www.p2pfoundation.net/The_Foundation_for_P2P_Alternatives

AUTOREN

SILKE HELFRICH

Bis 1989 Studium romanischer Sprachen – Französisch und Portugiesisch – in Leipzig, seit Beginn der 1990er Jahre entwicklungspolitisch engagiert. In den Jahren 1999–2007 Büroleiterin der Heinrich-Böll-Stiftung für Mittelamerika, Mexiko, Kuba. Lebt und arbeitet derzeit als freie Publizistin in Jena und betreibt seit 2007 ein deutschsprachiges Blog zum Thema Gemeingüter: www.commonsblog.de

«In der Auseinandersetzung mit Gemeingütern liegt ein Schlüssel zum Verständnis der gesellschaftlichen Verhältnisse. Jede Gesellschaft muss zu jeder Zeit diesen Begriff für sich neu bestimmen.»

PROF. DR. RAINER KUHLEN

Forschungs- und Lehrschwerpunkte: Information Retrieval, Informationsmarkt, Informationsethik, -politik und -recht; kollaboratives Wissensmanagement im e-Learning, Commons-Theorien. Seit 1980 Lehrstuhl für Informationswissenschaft, Universität Konstanz; Mitglied des Fachausschusses «Kommunikation und Information» der Deutschen UNESCO-Kommission (DUK); Deutscher UNESCO Chair in Communications (ORBICOM); Vorsitzender des Vereins Nethics e.V. (Informationsethik im Netz); Sprecher des Aktionsbündnisses «Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft»; Sachverständiger für verschiedene Bundestagsausschüsse und Enquete-Kommissionen; Mitglied zahlreicher Beiräte/Kommissionen in Deutschland (für BMBF und DFG), Österreich, der Schweiz und in der EU.

«Die Anerkennung der sozialen, politischen und ökonomischen Bedeutung der Gemeingüter hebt die Debatte um Ökologie und Nachhaltigkeit auf eine neue, zukunftsweisende Stufe.»

PROF. DR. WOLFGANG SACHS

hat Theologie, Soziologie und Geschichte studiert. Seit 1993 Wissenschaftler am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH. Jährlich Gastdozent am Schumacher College, England, sowie Honorarprofessor an der Universität Kassel. Mitglied des Club of Rome. Zahlreiche Veröffentlichungen im In- und Ausland zu Umwelt, Globalisierung, neue Wohlstandsmodelle, zuletzt leitender Autor der von BUND, eed und Brot für die Welt herausgegebenen Studie des Wuppertal Instituts *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt*, Frankfurt 2008.

«Wie sollen wir <commons> im Deutschen nennen? Gemeingüter? Allmende? Gemeinheit? Wo kein Name, da keine Wahrnehmung, das ist die Tragik der Commons im deutschen Sprachraum.»

DR. CHRISTIAN SIEFKES

Studium der Informatik und Philosophie. Lebt als freiberuflicher Software-Entwickler und Autor in Berlin. Koautor des Gemeinschaftsblogs keimform.de zum emanzipatorischen Potenzial von Freier Software und anderen Formen von Gemeingüterwirtschaft; Veröffentlichungen u. a. *Beitragen statt tauschen*, Neu-Ulm 2008.

«Eine auf Gemeingütern basierte Produktionsweise hat das Potenzial, wesentliche Begrenztheiten und Probleme der heutigen Gesellschaft zu überwinden, ohne dabei hinter ihre positiven Errungenschaften zurückzufallen.»

Sie sind die großen Unbekannten. Und doch leben wir alle von ihnen. Durch sie vor allem existiert unser Gemeinwesen. Die Rede ist von den Gemeingütern. Von Luft und Wasser, von Wissen, Software und sozialen Räumen. Und von vielen anderen Dingen, die unser tägliches Leben und Wirtschaften ermöglichen. Doch viele dieser Gemeingüter sind bedroht – sie werden dem Gemeinwesen entzogen, kommerzialisiert, unwiederbringlich zerstört. Stattdessen müssten sie kultiviert und erweitert werden.

Wir brauchen ein neues Bewusstsein für die Bedeutung dieser «uns gemeinen Sachen». Denn ohne sie gibt es keinen Wohlstand und kein Wohlergehen. Gemeingüter brauchen Menschen, die sich für sie stark machen, die sich für sie verantwortlich fühlen. Zahlreiche Probleme der Gegenwart erwiesen sich als lösbar, wenn wir all unsere verfügbare Energie und Kreativität auf das richten, was unseren Reichtum begründet, was funktioniert und den Menschen hilft, ihre Potenziale zu entfalten. Dieser Report will diese Dinge wie die «Gemeine Peer-Produktion» ins öffentliche Licht rücken.